Karl Rickers
Eduard Adlers Friedenspolitik 1914
Der Vorabend des Ersten Weltkrieges in den Leitartikeln der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung

In dieser Schrift geht es um die Politik der deutschen Sozialdemokratie während der ersten Jahreshälfte 1914 bis zum Kriegsausbruch Anfang August – jedoch unter dem Aspekt einer bestimmten Persönlichkeit. Es soll dargestellt werden, wie sich diese Politik in den Leitartikeln des damaligen Chefredakteurs der Kieler Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung, Eduard Adler, widerspiegelte.

Es mag manchem Beobachter der politischen Entwicklung seit 1914 nicht einleuchten, wenn hier über die zahlreichen Veröffentlichungen zum Thema des Kriegsausbruchs 1914 hinaus auch noch lokale Positionen sichtbar gemacht werden, die ja ohnehin den großen Rahmen geschichtswissenschaftlicher Bemühung nicht sprengen könnten. Wenn ich mich dennoch um eine studienhafte Bearbeitung dieses Stoffes bemühe, so geschieht es aus zwei Gründen. Der eine ist meine Überzeugung, daß es sich bei Eduard Adler um eine Persönlichkeit handelt, deren Wirken für das politische Leben und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung ist. Der zweite Grund mag darin gefunden werden, daß jede Art von räumlich übergreifender Politik auch ihre regionale Ausprägung erfährt, die uns geschichtlich nicht gleichgültig sein kann. Die Arbeiterbewegung – und damit die deutsche Sozialdemokratie – ist auch im regionalen Bereich nicht geschichtslos. Es ist notwendig, lokale Umstände ihrer Entwicklung zu klären, um begreifen zu können, vor welchen Problemen sie heute steht. Es ist also keinesfalls beabsichtigt, große politische Zusammenhänge auf einen lokalen Bereich zu verengen. Das entspräche gewiß nicht den umfassenden Kenntnissen, die Eduard Adler von der damaligen europäischen Lage im Spannungsfeld der Bündnissysteme besaß. Wohl aber soll erläutert werden, daß die Sozialdemokratie in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein einen Interpreten der Politik hatte, der den Arbeitern dieser Region Entwicklungen in Europa deutlich machen konnte. Dessen bedurften sie, wenn sie sich zum politischen Kampf stellten. Das mag heute um so deutlicher empfunden werden, als es sich um einen Kampf handelte, der damals in einen Bruch von tragischen Ausmaßen mündete.

Die Konflikte des Jahres 1914 wirken innerhalb dieser Partei bis heute fort, allerdings überwiegend auf eine diffuse Weise. Im Bewußtsein der Sozialdemokraten hat es sich kaum zu einem klaren Geschichtsbild entwickelt. Vielleicht ein hartes Urteil, aber es muß im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß es noch weniger ein klares Geschichtsbild in jenen Schichten der Bevölkerung gibt, die sich in der Tradition des politischen deutschen Bürgertums fühlen – oder doch fühlen müßten. Dort ist gewiß noch weniger aufgearbeitet worden, wie Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeriet.

Für die deutsche Sozialdemokratie aber ist der 4. August 1914 – der Tag der Bewilligung der Kriegskredite mit ihren Stimmen im Reichstag – noch heute ein Trauma. Sie mußte mit dem Kriegsausbruch die totale Ohnmacht der Sozialistischen Internationale erleben, und sie wurde darüber hinaus auch

Eduard Adler 1914.

noch in der Erwartung enttäuscht, daß die Träger der deutschen Reichspolitik es mit ihr ehrlich meinten, daß ihr also politische Rechte entscheidenden Ausmaßes in Aussicht standen und daß die Regierung wirklich auf einen Annektionskrieg verzichtete. Das waren ja immerhin die jedem deutschen Politiker bekannten Bedingungen. Die Reichsregierung, der Kaiser auch, mochten sich vielleicht in der sicheren Erwartung fühlen, daß ein erfolgreicher Krieg sie jeglicher Verpflichtungen enthob und daß die Sozialdemokratie dann erst recht zerschmettert sein werde. Im Grunde jedoch war mit der Bewilligung der Kriegskredite durch den Reichstag in seiner Gesamtheit die Frage nach einer gemeinsamen demokratischen Zukunft Deutschlands aufgeworfen, und zwar ganz gleich, ob der Krieg gewonnen oder verloren werde. Man hätte sich dessen erinnern können, daß knapp fünfzig Jahre vorher Bismarck nahezu vor einem Bankrott seiner Kriegspolitik stand, weil der Preußische Landtag ihm die Bewilligung der Mittel für den Krieg verweigerte. Damals spielte die Sozialdemokratie noch keine Rolle, aber das Bürgertum war noch aufsässig.

Gewiß handelte es sich 1914 um einen Krieg ganz anderer Größenordnung, bei dem es auch um die Existenz der Arbeiterbewegung ging. Dennoch, die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion konnte nicht in Anspruch genommen werden ohne Einbeziehung ihrer deutlich ausgesprochenen Forderungen des annektionslosen Krieges und der ständigen ernstlichen Friedensbemühungen. Hierin wurde die Sozialdemokratie getäuscht, und das hängt bis heute wie eine Last an ihr.

Betrogen worden zu sein, das mag im Zivilbereich vor Gericht korrigiert werden, aber nicht in der Politik und nicht vor der Geschichte. Daran soll also nichts beschönigt werden – im Rahmen dieser Schrift schon gar nicht, denn sie greift das Thema in einem schmalen Sektor auf, und verallgemeinernde Schlüsse dürfen nicht über Gebühr Platz greifen. Soweit es hier dennoch geschieht, soll es nachdrücklich auf die Person Eduard Adler bezogen werden. Ich verbinde damit die Erwartung, daß die journalistische, politische und moralische Präsenz dieses Mannes in Umrissen deutlich wird. Ich hoffe freilich auch, daß politisch interessierten Menschen der jüngeren Generation die spezifische Art des Konfliktes deutlich wird, in den die deutsche Sozialdemokratie im Sommer 1914 hineingeriet, wie ja die Sozialisten anderer europäischer Länder auch.

Leitartikel auf der ersten Seite

Es bedarf hier noch einiger Hinweise bez. meiner Bearbeitung des Stoffes. Hier gilt vor allem die von mir zu vertretende Feststellung, daß alle in dieser Schrift auszugsweise zitierten Leitartikel der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung mit einer andere Verfasser nahezu ausschließenden Wahrscheinlichkeit von Eduard Adler geschrieben worden sind. Dies wird gestützt durch die redaktionellen Umstände. In der äußerst kleinen Redaktion – meist nur drei bis vier hauptberuflich tätige Mitarbeiter – gab es damals keine weiteren journalistischen Kräfte von der geistigen Potenz und politischen Präsenz

Eduard Adlers. Die spezielle politische Redaktion bestand aus nur einem Mann, nämlich Eduard Adler. Selbst einen Wirtschaftsredakteur gab es in dieser Zeitung vor dem Ersten Weltkrieg nicht, bzw. dieses Ressort wurde nebenbei von einem Redakteur wie etwa Wilhelm Brecour wahrgenommen. Brecour war ein respektabler Journalist, aber eine allgemeine wirtschafts- bzw. geschichtswissenschaftliche Vorbildung hatte er nicht, und deshalb können die von mir zitierten Leitartikel nicht von ihm stammen, ganz abgesehen von den völlig unterschiedlichen Stilmitteln. Im übrigen aber gab es, außer gelegentlich tätig gewordenen Feuilletonredakteuren, nur noch ein bis zwei Redakteure für lokale Angelegenheiten. Diese Mitarbeiter hatten politischen Instinkt, aber nicht Adlers Weitblick und Belesenheit, nicht seine historischen Kenntnisse und nicht seine Fähigkeit im Umgang mit der Sprache. Infolgedessen also engt sich die Möglichkeit einer genaueren Autorenangabe für die damaligen Leitartikel auf die Person Eduard Adlers ein. Einen exakten Nachweis hierfür gibt es naturgemäß nicht, denn keiner dieser Leitartikel ist signiert worden; es war damals nicht üblich, mit Namen zu zeichnen, bzw. es war nur üblich, wenn es sich um Artikel von Politikern außerhalb der Redaktion handelte, von Otto Wels etwa oder von Rosa Luxemburg, deren Verfassername damals mehrfach auftauchte.

Auftrag des Chefredakteurs aber war es in erster Linie, politische Leitartikel für seine Zeitung zu schreiben, möglichst viele – und nach heutigem Verständnis auch möglichst lange. Die erste Seite des Blattes also – wo nämlich die Leitartikel plaziert wurden – war die Domäne des Chefredakteurs.

Dies zur Technik der Ermittlung des Materials. In der Sache geht es mir um den Versuch, an dem Beispiel Eduard Adlers die ernstliche Bemühung der deutschen Sozialdemokratie um die Erhaltung des Friedens im unheilschwangeren ersten Halbjahr 1914 deutlich zu machen. Auch nach dem unvermeidlich gewordenen Ausbruch des Krieges ist die deutsche Sozialdemokratie nicht leichtfertig in die Politik der Bewilligung der Kriegskredite hineingeschlittert, sie hat durchaus Vernunft bewahrt – im Gegensatz zu den wirtschaftlich und politisch verantwortlichen Schichten der damaligen Zeit. Das wird insgesamt bei der Lektüre der VZ des Jahres 1914 deutlich und in den Leitartikeln Eduard Adlers sichtbar. Aber man spürt natürlich, daß die damalige Sozialdemokratie von den Ereignissen wie von einer Sturmflut überrollt wurde und auch international keine Dämme gegen den Krieg errichten konnte. Es hieß vorher so verheißungsvoll:

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will."

Die Räder standen nicht still. Die Internationale hatte wohl die Gemüter ergriffen – die der organisierten Arbeiterschaft in Europa –, jedoch sie hatte in keinem Staat Regierungsgewalt. Aus dem Bekenntnis zur Internationale und zum Frieden aber ließ sich keine wirksame Macht gegen den explosiv gewordenen europäischen Nationalismus organisieren. Man kann der damaligen Sozialdemokratie vielleicht vorwerfen, daß sie dies

nicht erkannt hat und deshalb zu tragischen Fehleinschätzungen gelangte. Aber man kann ihr gewiß nicht eine leichtfertige Kehrtwendung zur Kriegspartei vorwerfen. Die Sozialdemokraten hatten schon lange vor 1914 vor den Folgen der Kriegspolitik und des Wettrüstens gewarnt; dies freilich nicht aus einer pazifistischen Haltung. Sie bewegten sich nicht im luftleeren Raum einer grundsätzlichen Abstinenz gegenüber Krieg und nationaler Wehrmacht, sie verfochten im Reichstag z. B. den Gedanken des Milizwesens. Das stand nicht im Widerspruch zu den hartnäckigen Warnungen vor den Folgen des Wettrüstens.

Die Galionsfiguren: Churchill und Tirpitz

In diesem Sinne zitiert auch Eduard Adler in der Kieler VZ vom 6. Februar 1914 unter dem Titel „Wettrüsten und Freundschaft" eine Rüstungsrede des englischen Staatssekretärs Sir Edward Grey. Adler stellte *„eine hoffnungslose Übereinstimmung in der Behandlung der internationalen Rüstungsfrage"* fest. Es werde zwar – so Adler – hier wie dort anerkannt, *„daß sich die Beziehungen beider Staaten zueinander erheblich gebessert hätten"*, aber in England scheine dem Staatssekretär Grey *„selbst der diplomatische Vorschlag des Marineministers Churchill auf Einlegung eines Rüstungsfeierjahres noch immer nicht diplomatisch genug"*, und in Deutschland kämen *„Herr v. Tirpitz und Herr v. Jagow gar nicht in die Lage, gegen eine radikalere Strömung in der Regierung polemisieren zu müssen"*; auch der Rüstungsgreifer der bürgerlichen Parteien stehe über allem Zweifel. Gegen die deutsche und die englische Arbeiterpartei seien die Herren sich einig. Mahnendes Fazit dieses Artikels ist:

„Deutschland und die Westmächte würden vereint ein solches Übermaß militärischer Kräfte gegenüber allen anderen Staaten darstellen, daß sie unbesorgt um ihre Überlegenheit an die Einschränkung ihrer Rüstungen herantreten dürften. Wer ein Ende des Wettrüstens will, der muß ein Bündnis zwischen Deutschland und den Westmächten wollen ... In der Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Westmächten liegt die Entscheidung der Frage, ob Europa auf friedlich geordneten Bahnen oder über das Trümmerfeld grauenhafter Zerstörung zu einem neuen Zeitalter sozialistischer Kultur emporsteigen soll."

Man sieht an diesem Zitat – und es ließe sich an den Leitartikeln anderer sozialdemokratischer Zeitungen genauso belegen –: Die Gefahr eines bevorstehenden Krieges gerade infolge übersteigerter Rüstung ist im Jahre 1914 von der damaligen Sozialdemokratie deutlicher und eher erkannt worden als vom damaligen deutschen Bürgertum und der Führung des Reiches. Zwar gab es im Bürgertum bzw. der bürgerlichen Presse und auch in der Reichsregierung durchaus ein Gefühl dafür, daß ein Krieg drohte. Aber man begriff nicht seine mögliche Tragweite – oder, noch schlimmer, man sah den Krieg als unvermeidlich, gar auch als erwünscht an, jedenfalls was den Zeitpunkt anbetraf. Man glaubte, daß Deutschland für einen Krieg besser gerüstet dastehe als die möglichen Gegner, daß sich dies aber nach der erwarteten zusätzlichen Rüstung

und militärischen Ausbildung zumal Frankreichs in einigen Jahren ändern werde.

Es mag im Rahmen dieser Darstellung dahingestellt bleiben, ob man der damaligen deutschen Reichsregierung die primäre Schuld am Ausbruch des Krieges zuweisen kann, wie dies Historiker in neuerer Zeit tun, oder ob dies modifiziert werden muß in dem Sinne, daß mindestens wenige Jahre später etwa Rußland und Frankreich die Entwicklung zum Krieg gefördert hätten, wenn dann sie aufgrund ihres Rüstungsstandes gemeint hätten, daß nun der Zeitpunkt „zum Losschlagen" günstig sei. Für diese Arbeit hier geht es mehr um beispielhafte Zitate dafür, daß die Sozialdemokratie das Ausmaß der Kriegskatastrophe vorausgesehen und hartnäckig vor einem Krieg und vor den Folgen des Wettrüstens gewarnt hat. Man beachtete diese Warnungen nicht, man war blind gegenüber dem, was ein Krieg mit sich bringen würde. Die Verantwortlichen der mächtigsten Staaten Europas sahen wohl die Kriegsgefahr, aber sie sahen den Krieg immer noch als ein geeignetes Regulativ für nationale Streitigkeiten an. Dem folgte die Stimmung in nationalistischen Kreisen, insbesondere in der bürgerlichen Jugend, deren vaterländische Begeisterung eng mit der Vorstellung vom Krieg als notwendigem und legitimem Mittel vaterländischer Bewährung verknüpft war.

Die Stimmung im politischen Kern der Arbeiterschaft war dem entgegengesetzt. Die Arbeiterschaft konnte sich von einem Krieg nichts Gutes versprechen. Daß man schwer und in sozialer Bedrängnis arbeiten mußte, um zu existieren, erfuhr man täglich, und es sprach nichts dafür, daß dies durch einen Krieg günstiger werden könnte. Soldat zu sein, das bot weder eine existentielle noch gesellschaftliche Chance für den Arbeiter. Die politischen Rechte wurden ihm weitgehend vorenthalten. Es war deshalb nicht einzusehen, weshalb man auf die Schlachtfelder gehen und für Kaiser und Reich bluten sollte – für ein Reich, in dem der Arbeiter nur ein mißachteter Staatsbürger war.

Die Stimmungen in den herrschenden Kreisen, im Bürgertum und in der Arbeiterschaft spiegelten sich demgemäß auch in der zugehörigen Presse unterschiedlich. In der Rechtspresse begnügte man sich mit der Feststellung, daß ein Krieg – an dessen Ausbruch man natürlich keine Schuld tragen würde – Deutschland bereit und gerüstet fände. Über die möglichen Konsequenzen eines modernen Krieges machte man sich kaum Gedanken.

Wettrüsten als Kriegsgefahr

In den sozialdemokratischen Zeitungen spiegelte sich die Kriegsgefahr anders. Die Sozialdemokratie sah die Rüstungspolitik der europäischen Staaten unter dem Gesichtspunkt des Wettrüstens als eine sich steigernde Gefahr für den Frieden. Sie glaubte nicht daran, daß man einen Stand der Rüstung erreichen könnte, der andere Staaten von einer weiteren Rüstung abhielte. Die Erfahrung sprach dafür, daß jede militärische und rüstungspolitische Maßnahme eines Staates entsprechende Bemühungen in den Staaten potentieller Gegner nach

sich zog. Sie lebte infolgedessen in der Befürchtung, daß es alleine schon infolge des uferlosen Wettrüstens einmal zum Krieg kommen werde. Man beschwor sowohl die eigene als auch andere Regierungen und appellierte an deren Vernunft. Man appellierte genauso auch an die internationale Solidarität der Arbeiterschaft, an der die Kriegstreiberei scheitern sollte, wenn alles andere nicht half.

In beidem, sowohl dem Appell an die Vernunft der Regierungen als auch der internationalen Solidarität der Arbeiter, hat sich die europäische Sozialdemokratie getäuscht. Internationale Solidarität war immer wieder gepredigt worden, aber wie das in einem ernstlichen Konfliktfalle hätte aussehen können, darüber machte man sich, so scheint es, wenig Gedanken. Susanne Miller charakterisiert diesen Zustand in ihrem Werk „Burgfrieden und Klassenkampf"[1] folgendermaßen:

„Die Praxis der Partei vor dem Weltkrieg auf dem außenpolitischen Gebiet war gekennzeichnet durch eine generelle Ablehnung des Wettrüstens, insbesondere des „Marinismus" (die zum Konflikt mit England treibende Flottenpolitik, d. V.), das Bestreben zur Verständigung mit den Westmächten, namentlich mit Frankreich, und die Warnung vor einem Machtzuwachs Rußlands. Die deutsche Sozialdemokratie war eine scharfe, zuweilen auch scharfsinnige Kritikerin der Außenpolitik des Deutschen Reiches. Sie erfüllte damit eine beachtenswerte Funktion als die einzige Partei, die die Reichsregierung vor den voraussehbaren Konsequenzen ihres außenpolitischen Kurses ständig warnte. Obwohl sie die durch den „Imperalismus und fortgesetzte Rüstungen" gesteigerte „Gefahr des Weltbrandes" immer wieder beschwor, lassen sich keine Überlegungen oder gar organisatorische Maßnahmen nachweisen, die darauf hindeuten, daß die Partei sich in irgendeiner Weise auf einen kriegerischen Konflikt unter Beteiligung Deutschlands und der führenden europäischen Staaten vorbereitet hat."

Dieser letzte Satz verweist bereits auf die Erschütterung, der die Sozialdemokratie ausgesetzt war, als der Krieg ausbrach. Sie hatte sich als weitsichtig erwiesen, hatte gewarnt, auch die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, aber sie war nicht auf die Frage vorbereitet, was von ihrer Seite aus zu geschehen habe, wenn trotz alledem ein Krieg ausbräche und man der eigenen Regierung – der Regierung des Deutschen Reiches – hieran mindestens einen Teil der Schuld anlasten müßte. Eduard Adler schob eine Antwort hierauf mit der Feststellung beiseite, weder Rußland noch Frankreich noch Deutschland könnten einen Angriffskrieg wagen. In seinem Leitartikel vom 12. März 1914 analysierte er, wie es mit einem Angriffskrieg bestellt sei. Er schrieb:

„Daß Rußland oder Frankreich in absehbarer Zeit an einen Angriffskrieg denken, ist absolut ausgeschlossen. In Rußland weiß jedermann: sobald die Regimenter marschieren, bricht die Revolution aus: In Frankreich würden sie vielleicht überhaupt nicht marschieren. Die Infamie eines vom Zaune gebrochenen Präventivkrieges seitens Deutschlands würde aber ebenfalls mit einer Revolution enden. Denn ein Krieg, in dem Rußland enga-

[1] Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf, Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf, 1978, S. 34.

22. Jahrgang. Schleswig-Holsteinische Nr. 60.

Volks-Zeitung.

Redaktion: Fernsprecher Nr. 5961. Organ für das arbeitende Volk. Expedition: Fernsprecher Nr. 446.

Kiel, Donnerstag, den 12. März 1914.

Kriegshetze.

Kaum ist die Kriegsgefahr gebannt, die Europa infolge der Balkanwirren bedrohte, und schon sind die Kriegshetzer daran, durch neue Alarmgerüchte die Welt zu beunruhigen. Diesmal soll es Rußland sein, das den Frieden stört, so behauptet wenigstens die deutsche bürgerliche Presse.

Der Krakeel begann mit erbostem Geschrei über die Unverschämtheit Rußlands, daß in Konstantinopel gegen die Militärmission des Generals Liman v. Sanders intrigiert. Die Türken haben sich den braven General und eine Anzahl deutscher Offiziere verschrieben, damit diese das ramponierte Heer in Ordnung bringen. Es dürfte ein ebenso kohlpieliges wie überflüssiges Beginnen sein, da diesem Heere nicht zu helfen ist. Der letzte Krieg hat gezeigt, daß an asiatischer Staatswesen nicht nach europäischem Muster Krieg führen kann und da der deutsche General nicht aus der Türkei einen kapitalistischen Staat machen kann, so wird er auch kein modernes Heer in der Türkei aus dem Boden stampfen. Aber die Russen wollten zeigen, daß sie auch noch Einfluß in Stambul haben und letzten ed durch, daß die deutsche Exzellenz zwar Generalinspektor der türkischen Armee bleibt, aber das Kommando des ersten Armeekorps niederlegte. Darob wetterten alldeutsche Diplomaten a. D. und Militärs und sonstige Größen in der „Post", der „Täglichen Rundschau", dem „Tag" und anderen Holzpapieren, warfen der Regierung Schlappheit vor, und taten, als müsse Deutschland brack von wegen des braven Generals den Krieg an Rußland erklären. Das hysterische Gekreisch verstummte schließlich, weil die Tatsache, daß gerade damals, im Januar, die deutsche und die russische Regierung in holder Eintracht ihre Geschäfte bezüglich der Einflußsphäre in Kleinasien regelten.

Jetzt auf einmal lesen die Kriegshetzer mit verdoppelter Kraft los. Rußland, so heißt es, betreibt auffällige Rüstungen, und zwar verstärkt es seine Truppenmacht just an seiner deutschen und österreichischen Grenze. Da kommt denn der famose General der Kavallerie z. D. von Bernhardi und beweist in der „Post" klipp und klar, daß Rußland und Frankreich im Begriff sind, über Deutschland herzufallen. Also schreit er: Her mit dem letzten Mann und dem letzten Groschen! und stellt die Forderung: Verstärkung der Armee durch neue Regimenter und Verbände, da die bestehenden Kaders bei der zweijährigen Dienstzeit nicht mehr verstärkt werden können; tatsächliche Durchführung der allgemeinen Heerespflicht; Herstellung völliger Kriegsbereitschaft an unseren Grenzen". Das seien die „Forderungen der Stunde". Im Resultat predigt Exzellenz den frisch-fröhlichen Angriffskrieg. Denn — „den Angriff abwarten, hieße den Erfolg von vornherein aufs Spiel setzen". Und im gleichen Blatte läßt die Redaktion „Einen Deutschen" folgendermaßen toben:

„Unsere militärische Lage verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Die Rüstungen des Dreiverbandes sind denen des Dreibundes weitaus überlegen . . . . . Im Augenblick liegen die Verhältnisse günstig. Frankreich ist noch nicht kampfbereit, England in innere und koloniale Schwierigkeiten verwickelt. Rußland scheut den Krieg, weil es die innere Revolution fürchtet. Wollen wir abwarten, bis unsere Gegner fertig sind, oder sollen wir den günstigen Augenblick benutzen, um die Entscheidung herbeizuführen? Das ist die inhaltschwere Frage, die zur Entscheidung steht.

Ärcher ist seit langem nicht mehr gehetzt worden.

Nun wird man sagen, es sind das Ausführungen in dem Blatte, das aus der Kriegshetze ein Gewerbe macht und dessen Beziehungen zu der an solcher Hetze interessierten Rüstungsindustrie allgemein bekannt sind. Indessen ist zu beachten, daß am 2. März die „Kölnische Zeitung" einen Artikel brachte, der angeblich von einem Petersburger Mitarbeiter stammte und in alarmierender Weise über die russischen Rüstungen berichtete. Da das Blatt häufig von der deutschen Regierung zur Stimmungsmache benutzt wird, so machte der Artikel natürlich größtes Aufsehen. Die Regierung sieht denn auch bald verbreiten, daß sie diesen Ausführungen durchaus fernsteht, aber es bleibt auffällig, daß ein offiziöses Blatt sich dazu hergibt, derartige Alarmnachrichten in die Welt zu setzen. Schließlich ist es symptomatisch, daß das „Berliner Tageblatt", das für gewöhnlich die Friedensschalmei bläst, am 9. März einen Leitartikel bringt, dessen anonymer Verfasser in der nächsten Nummer von dem Chef der Mosseiden als „hervorragender, in allen Geschäften der internationaler Politik erfahrener Mann" bezeichnet wird, und dieser Anonymus predigt den Angriffskrieg ebenso breit, wie die in der „Post" tobenden Herren.

Was liegt nun an Tatsachen vor? Frankreich hat die dreijährige Dienstzeit eingeführt und dadurch die Stärke seines stehenden Heeres beträchtlich vermehrt: Rußland hat dadurch, daß es die Mannschaften um halt ein halbes Jahr länger als bisher üblich im Dienst behält, ähnliches erzielt, und hat außerdem neue Regimenter aufgestellt und ist daran, mit französischem Gelde Geschütze und anderes Kriegsmaterial zu fabrizieren. Jedoch darf man nicht vergessen, diese verstärkten russischen und französischen Rüstungen sind nichts weiter, als die Antwort auf die deutsche Heeresverstärkung der Jahre 1912 und 1913. Es ist genau eingetreten, was wir Sozialdemokraten und andere vernünftige Leute vorausgesagt haben: das ungeheure Opfer, das in Deutschland dem Moloch Militarismus von neuem dargebracht wurde, hat nichts weiter bewirkt, als das wahnsinnige Wettrüsten von neuem anzufachen.

Daß Rußland oder Frankreich in absehbarer Zeit an einen Angriffskrieg denken, ist absolut ausgeschlossen. In Rußland weiß jedermann: sobald die Regimenter marschieren, bricht die Revolution aus, in Frankreich würden sie vielleicht überhaupt nicht marschieren. Die Infamie eines vom Zaune gebrochenen Präventivkrieges seitens Deutschlands würde oder ebenfalls mit einer Revolution enden. Denn ein Krieg, in dem Rußland engagiert ist, ist — darüber ist sich alle Welt einig — ein langwieriger Krieg, und den hält ein Industriestaat wie Deutschland nimmer aus. Es bedarf keiner revolutionären Propaganda, die durch namenloses Elend zur Verzweiflung getriebenen Massen würden aus Selbsterhaltungstrieb durch eine revolutionäre Erhebung dem Kriege ein Ende bereiten.

Wenn nun nicht nur in der alldeutschen Hetzpresse, sondern auch in den liberalen Blättern, vom Schlage der „Kölnischen" und des „Berliner Tageblattes" in niederträchtig mit dem Gedanken des Präventivkrieges geliebäugelt wird, so beweist das nur, daß außer der Rüstungsindustrie, deren Weizen dabei blüht, auch die Hochfinanz zurzeit Kriegsstimmung braucht.

Aber daß eine solche Hetze lossingen aus dem hohlen Bauch plötzlich beginnen werden kann, darin liegt in der Tat eine Kriegsgefahr. Die Welt starrt in Waffen, der Militarismus hat zahlende von Interessenten großgezogen, deren Gedeihen der Krieg ist und an Konkliften der Militärstaaten, die überall nach Raub ausschauen, fehlt es nicht. Bei dieser Lage kann leicht ein unbedeutender Zwischenfall tatsächlich den Krieg herbeiführen, ohne selbst, daß die Regierungen es wollen.

Eben deshalb gilt es für das Proletariat aller Länder, bei jeder Gelegenheit den leidenschaftlichen Willen zum Frieden zu bekunden. Darin wissen wir uns in Deutschland eins mit unseren Brüdern, den Proletariern in Frankreich und in Rußland. Das ist heute die einzige Gewähr des Friedens.

Die Geschichte einer Bombe.

Von Andreas Strug.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Polnischen von E. Frisch.

19 (Nachdruck verboten.)

Man hatte ihn von dem Quell der Weisheit entfernt, hatte ihm — dem Schatten — befohlen, sich wieder in das menschliche Ameisengetriebe unter ihre kleinen Angelegenheiten zu begeben. Das Leben verurteilte ihn zu einem ewigen, blinden Irren. Doch bald wird diese Ewigkeit ein Ende nehmen . . .

Dieser Gedanke, statt ihn zu beruhigen, erfüllte ihn mit Langeweile und Widerwillen. Ein Vorgefühl schreckte ihn, daß die seit langem beherrschte Angst vor dem Tode jeden Augenblick wieder erwachen könnte, — die gemeine, menschliche Angst. Daß sie ihn nicht mit einer Kette, sondern mit einer dünnen elenden Strippe an die gleichgültigen Ereignisse dieser Welt, der er bereits so entfremdet war, fesseln würde. Daß er handeln wird wie alle und empfinden wie keiner von denen, die leben. Daß er täglich lügen wird wie ein Sklave, daß er täglich mit der Frage: was soll mir diese Tat? erwachen und am Abend vor dem Schlafengehen wünschen wird, nicht mehr zu erwachen. Er wird sprechen, er wird hören, sehen, sich bewegen, wie eine seelenlose, in Betrieb gesetzte Maschine. Und dennoch wird er, wenn er erkrankt, sich heilen lassen und den Aerzten besorgt in die Augen sehen.

Wie dumm!

Langsam, sanft sank die Wand des Einschnittes, die ihm für lange Zeit die Welt verborgen hielt, vor seinen Füßen herab. Plötzlich öffnete sich eine breite, tiefliegende Niederung. Von dem hohen Damm herab umfaßte sein Blick ein überraschendes Bild.

Wie eine Traumvision war alles wunderbar, erstaunlich. Die Erde hob sich dem Himmel entgegen, und die flammenden Wolken ließen sich auf sie herab. Die unermeßliche Welt hatte kein Ende. Alle Grenzen verschwanden, und die Augen ergriffen gläubig das wahre, geheimnisvolle Bild der Erde.

An dieser Stunde tönte ihm das für den Menschenverstand kaum faßliche, große Wort entgegen. Wie die Stimme Gottes in den Schöpfungstagen hing es unbegriffen über der Erde, alles Leben erweckend, die menschlichen Schicksale bestimmend. Die Seele fühlte ihren eingeborenen Zusammenhang mit allem, was lebt, und versank mit Lust in das geheimnisvolle, mütterliche Element. Sich selbst vergessend, hörte sie auf zu sein und fand sich doch überall wieder: in der purpurnen Wolke, in der goldenen Wolke, in dem silbernen Schimmer des Taus, in den weißen Nebeln, die sich durch die Aeste wanden. Sie fragte nichts mehr, denn überall bot sich ihr die Antwort. Sie sorgte nicht mehr, denn sie war an der Brust der Mutter.

Die reiche Farbenpracht in den stets sich verändernden und wechselnden Formen der Morgendämmerung spiegelten sich in dem breit ausgegossenen See. Er schien die ganze Ebene auszufüllen. Von der einen Seite stiegen Nebel aus ihm und erhoben sich wie Rauchsäulen gegen den Himmel. Streifen lösten sich los und schwebten langsam dahin, ein zauberhaftes Bild von Massen, die, bald sich zusammenballend, bald ausdehnend, seltsame flüchtige Gebilde formen. Sie kamen von der Erde, stiegen auf und blieben über ihr hängen. Es vereinigten sich die Wasser der Erde mit den Wassern des himmlischen Raumes. Sie zogen hin, um in den unendlichen Weiten zu schweifen. Ueberall werden sie selbst und bei sich sein: in der Feuchtigkeit des Regens, im Schneesturm und in seinem Wehen, im Polareis, in den Abstürzen des Gletschers, auf den Ebenen Sibiriens, in den Wolkenbänken des Wendekreises, in den Säften der Pflanze, im Blute des Menschen . . .

Hinter dem See war ein weitläufiges Dorf auseinandergestreut. Die Nebel durchzogen es und schienen die Hütten, Scheunen und Bäume mit sich fortzutragen. Alles bewegte sich aufwärts, wankte und schien zusammen mit den schlafenden Menschen auf einer traumhaften Wanderung begriffen. Die dunklen Flächen der Bäume und der Dächer verschwanden bald, bald tauchten sie aus den grauen Schleiern wieder hervor. Einsam, hoch, stand der schlanke Glockenturm, zwei Reihen von Pappeln führten nach irgendeinem Hof . . . Alles war ganz alltäglich.

Dennoch war Marek überzeugt, daß er einem großen, tiefbewahrten Geheimnis beiwohne. Ihm war, als vollziehe sich eben jetzt, in diesem Augenblick auf der Grenze zwischen Tag und Nacht, vor Aufgang der Sonne, das große Mysterium der Welt. Und daß er im Verborgenen sein Mitwisser sei. Es war es noch vor einem Augenblick: jetzt aber war er bereits ein eingeweihter Teilnehmer. Er erinnerte sich an seine Erhebung aus der Kindheit, daß die Welt anders aussieht, wenn die Menschen schlafen. Er erinnerte sich seiner Neugierde von damals, die allerfrühsten Eindrücke aus seiner Jugend kamen wieder. Sie waren ebenso frisch, ebenso unberührt und von dem gleichen wunderbaren Zauber, wie damals. Er sah mit den Augen des Kindes, und wie einst, war die ganze Welt märchenhaft. Und plötzlich überkam ihn die lebhafte und sichere Vorstellung: was

Politische Uebersicht.

Schutz der Ehre.

Der Berliner Bürger, der an den Staatsanwalt eine förmliche Anzeige gegen den Reichstagsbeleidiger General v. Wrochem wegen dessen schwer beleidigenden Ausdrücke über den Reichstag richtete, hat das unerschöpfliche Thema des deutschen Ehrenschutzes um ein amüsantes Kapitel vermehrt. Erspßlich wirken nicht nur die juristischen Drehversuche des Staatsanwalts, der die Vorbereitung eines Verfahrens auf einmal von einem förmlichen Antrag des Reichstags abhängig machen will, noch viel lustiger wirken die Sprünge der konservativen Presse, die bei dem Gedanken, der Staatsanwalt könnte einmal auch gegen einen konservativen Ehrenbeleidiger einschreiten, völlig aus dem Häuschen gerät. Die „Deutsche Tages-Zeitung" beschäftigt sich jetzt mit dieser Angelegenheit in langen Ausführungen, in denen sie auseinandersetzt, daß der Standpunkt des Staatsanwalts vollständig korrekt sei, denn erstens habe der schimpfluftige General mit dem Ausdruck „Rotte nicht alle Abgeordneten gemeint, zweitens sei der Ausdruck „gemischte Gesellschaft", auf den Reichstag angewendet, gar nicht beleidigend sondern durchaus zutreffend, drittens sei es Sache des Reichstags, die Initiative zu ergreifen, falls er eine Verfolgung wünsche, und außerdem handle es sich um eine „läppische Denunziation" und eine „Bagatelle zweifelhaftester Art".

Durch ihr Schimpfen zeigt die „Deutsche Tages-Zeitung", wie unangenehm ihr die Sache ist. Es handelt sich natürlich in diesem Fall um keine Denunziation, die mit der Absicht auf einen denunziatorischen Zweck erstattet ist, sondern lediglich um einen experimentellen Beweis der altbekannten Tatsache, daß das Recht in Preußen-Deutschland mit verschiedenen Ellen gemessen wird, und dieser Beweis ist glänzend gelungen. Man nehme einmal an, ein sozialdemokratisches Blatt bezeichnete die Hofgesellschaft ganz oder teilweise als eine „Rotte", und es behauptete, daß sich der Kronprinz in „gemischter Gesellschaft" bewege, dann wäre die „Deutsche Tages-Zeitung" die erste, die nach dem Staatsanwalt schreien würde gegen die sozialdemokratische Presse, die alles Hohe in den Staub zieht. Aber ein konservativer General ist etwas anderes als ein sozialdemokratischer Redakteur, und die höfische Gesellschaft hat ein ganz anderes Recht auf Ehrenschutz als die deutsche Volksvertretung.

giert ist, ist . . . ein langwieriger Krieg, und den hält ein Industriestaat wie Deutschland nimmer aus. Es bedarf keiner revolutionären Propaganda, die durch namenloses Elend zur Verzweiflung getriebenen Massen würden aus Selbsterhaltungstrieb durch eine revolutionäre Erhebung dem Krieg ein Ende bereiten."

Die Prophetie ist imponierend – aber ihre Logik erwies sich erst, als das Unglück längst geschehen war, gegen Ende des Krieges. Wir Späteren wissen es, aber damals durfte es schwer zu übersehen gewesen sein, welcher Staat unter welchen Voraussetzungen einen Krieg überstehen oder an ihm scheitern würde. Kriege haben sich in ihrem Verlauf und im Grad ihrer Ausweitung immer als unberechenbar erwiesen – Revolutionen freilich auch! Das Vertrauen auf den revolutionären Entschluß als einer machtpolitischen Größe war 1914 genauso wenig gerechtfertigt wie das Vertrauen der Regierungen in die Wirkung ihrer Rüstungen; der Unterschied ist freilich, daß die einen den Krieg als notwendig oder mindestens vertretbar empfanden, während die anderen darin auf jeden Fall ein Unglück gesehen haben.

Vernunft in der Flottenbaupolitik?

Auch Eduard Adler überschätzte, wie wohl alle damaligen linken Politiker, die Kraft des revolutionären Geistes Europas. Mindestens hat er, wie die anderen, die Bereitwilligkeit und Fähigkeit der arbeitenden Massen zu revolutionären Aufständen gegen einen von der herrschenden Schicht provozierten Krieg überschätzt. Wie in Rußland, so kam auch in Deutschland die Revolution erst mit dem militärischen Zusammenbruch, keine Minute früher, obgleich hier wie dort die arbeitenden Massen aufs schwerste unter dem Krieg litten und die herrschenden Schichten in keiner Weise von der Idee des Eroberungskrieges und auch nicht von ihrem nationalen Anspruch auf politische Vorherrschaft abgewichen sind. Das Massenbewußtsein folgte eben nur sehr bedingt dem Klasseninteresse.

Doch zurück zur Lage im Anfang des Jahres 1914: Einer der Ansatzpunkte sozialdemokratischer Kritik an der deutschen Rüstung war die Flottenpolitik der Reichsregierung, die sehr früh von Kaiser Wilhelm II. inspiriert worden war. Die Sozialdemokratie hielt insbesondere das Flottenbauprogramm für eine der großen Gefahren, weil sie wußte, daß England hierdurch auf die Seite anderer möglicher Kriegsgegner getrieben wurde.

Für eine in Kiel, dem Reichskriegshafen, erscheinende Zeitung lag es besonders nahe, das Augenmerk auf die Rüstung zur See zu richten und damit auf das maritime Wettrüsten zwischen England und Deutschland aufmerksam zu machen. Vorübergehend schien es, als könne es in der Flottenfrage zu einer Verständigung kommen. Eine Entspannung bahnte sich an. So schrieb denn die Volks-Zeitung – Adler also – am 5. Januar 1914 unter dem Titel „Demokratie und Rüstungsfieber":

„Die Verbesserung der deutschen Beziehungen zu England

hat der Beweisführung der deutschen Flottenpatrioten den Boden unter den Füßen weggezogen. Solange der Aberwitz vom unversöhnlichen Gegensatz der beiden Völker, von der notwendigen weltgeschichtlichen Auseinandersetzung in zahlreichen Köpfen spukte, schien der schleunige Ausbau der deutschen Flotte vielen eine Lebensnotwendigkeit. Seitdem sich für den deutschen Imperialismus die Möglichkeit gezeigt hat, sich mit England in weit profitablerer und weniger riskanter Weise auf dem Wege friedlicher Vereinbarung über wirtschaftliche Interessensphären auseinanderzusetzen, müssen die sich steigernden Flottenausgaben allen nüchternen Rechnern – und an solchen fehlt es unter den Kapitalisten nicht – in der Tat als ein ganz wahnsinniger Luxus erscheinen."

An dieser Argumentation Adlers ist zunächst einmal interessant, daß er sich nicht mit einer pauschalen Verurteilung des Rüstens begnügte, sondern realpolitisch bedachte, was im eigenen Interesse deutscher Wirtschaftskreise läge. Die Erwartung, daß man hüben und drüben in der Flottenbaupolitik Vernunft walten lassen werde, trog allerdings. Schon am 17. März 1914 hieß es in der VZ über die englischen Rüstungen: Weit über eine Milliarde Mark *„sollen in diesem einzigen Jahr für die Kriegsflotte ausgegeben werden"*, ein Betrag, den man noch *„vor wenigen Jahren für wahnwitzig gehalten hätte... In einigen Tagen wird Herr Churchill im Unterhause dieses neue Programm zweifellos in einer sehr geschickten und interessanten Rede begründen und kommentieren. Der lehrreichste Kommentar ist aber schon am Tage der Veröffentlichung des Etats geliefert worden. Er liegt in der Ankündigung der großen Rüstungsfirma Vickers, daß sie in diesem Jahre eine Dividende von 12½ Prozent ausschütten werde, der eine solche von 10 Prozent im Vorjahre gegenübersteht."*

Das Wettrüsten zur See ging also weiter, genauso wie das Wettrüsten zu Lande. Es brachte keiner der beteiligten Regierungen das Gefühl einer auch nur relativen Sicherheit. Es steigerte nur die Nervosität und häufte weiteren Zündstoff an den neuralgischen Punkten jener Zeit.

Neigung zum Präventivkrieg

Zweifelsfrei gab es im Rahmen der Politik des Wettrüstens eine Stimmung, die zum Präventivkrieg tendierte. Inwieweit auch die deutsche Regierung hiervon ergriffen war, soll in diesem Rahmen nicht untersucht werden. Jedoch hatte Eduard Adler mehrfach Gelegenheit, hierauf warnend hinzuweisen, und mindestens wurde spürbar, daß man in Militärkreisen in den Kategorien eines Präventivkrieges dachte. Das hatte einen engen Zusammenhang mit der Methodik des Wettrüstens. Adler schrieb hierüber in der VZ vom 4. März 1914:

„Noch ist seit der Bewilligung der Riesen-Militärvorlage kein Jahr vergangen, und schon wieder gibt sich ein Teil der bürgerlichen Presse widerstandslos einer neuen Rüstungspanik hin. Die Vermehrung der Armee sollte dem deutschen Volke angeblich die Beruhigung verschaffen, daß es für alle Eventualitäten gerüstet sei; aber wie zu erwarten war, ist an Stelle dieser Beruhigung nur eine noch viel stärkere Beunruhigung der ganzen Welt getre-

ten, und diese Beunruhigung wirkt nun wieder auf Deutschland zurück. Frankreich hat auf die Erhöhung der deutschen Präsenzstärke mit der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit geantwortet, und etwas später ist auch das schwerfällige Rußland in eine neue Periode der Rüstungsverstärkung eingetreten."

In demselben Artikel zitiert nun Adler den Petersburger Korrespondenten der „Kölner Zeitung". Rußland werde, so dieser Korrespondent, mit seinen Rüstungsvorbereitungen im Herbst 1917 fertig sein, und klares Angriffsziel sei Deutschland. Damit, so Adler, betreibe diese Zeitung Propaganda für einen Präventivkrieg. Auch andere Zeitungen schrieben in diesem Sinne, und die „Post" gar wolle, um den Krieg im Herbst 1917 zu vermeiden, den Krieg im Frühjahr 1914, denn – so die „Post", ein Krieg müsse *„um so furchtbarer treffen, . . . je später er ausbricht"*. Adler warnt demgegenüber, das sei dann der Angriffskrieg, *„der Frankreich laut Bündnisvertrag zum Eingreifen verpflichtet"*, und weiter:

„Herr von Bethmann selbst hat sogar in einem der unglücklichsten Augenblicke seines Lebens die deutsche Militärvorlage mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Germanentum und Slaventum begründet. Er hat damit den Ton angegeben, der jetzt von Petersburg nach Köln hinüberschallt."

Stimmungen also, die nicht nur Korrespondenten und Zeitungen erfaßt haben, sondern auch den Chef der Regierung ergriffen – und die hohen Militärs! Adler zitiert am 12. März 1914 den General v. Bernhardi, der in der „Post" klipp und klar beweise, *„daß Rußland und Frankreich im Begriff sind, über Deutschland herzufallen"*, er predige demgemäß den frischfröhlichen Angriffskrieg, denn – so Bernhardi – *„den Angriff abwarten hieße den Erfolg von vornherein aufs Spiel setzen"* . . . *„Daß eine solche Hetze sozusagen aus dem hohlen Bauch plötzlich begonnen werden kann"*, so schrieb Adler in seinem Artikel vom 12. 3. 1914, *„darin liegt in der Tat eine Kriegsgefahr. Die Welt starrt in Waffen, der Militarismus hat Tausende von Interessenten großgezogen, deren Geschäft der Krieg ist und an Konflikten der Militärstaaten, die überall nach Raub ausschauen, fehlt es nicht. Bei dieser Lage kann leicht ein unbedeutender Zwischenfall tatsächlich den Krieg herbeiführen, ohne selbst, daß die Regierungen es wollen."*

Konfliktstoff Balkan

Zum Konfliktfeld der Staaten gehörte ganz besonders der Balkan. Hier trafen primär russische und österreichisch-habsburgische Expansionsgelüste aufeinander. Jedes politische Ereignis barg hier mehr Explosivstoff in sich, als es woanders gewesen wäre. Der Mord an dem österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand und seiner Frau am 28. Juni 1914 in Sarajewo wirkte deshalb wie der vielzitierte Funke im Pulverfaß.

Daß gerade die Sozialdemokratie angesichts der Lage vor der Kriegsgefahr warnte und zur Mäßigung riet, war selbstverständlich. Das geschah nicht mit allgemeinen Redensarten, sondern indem man auf die schwachen Punkte der deutschen Außenpolitik verwies. So schrieb der „Vorwärts" in Berlin bereits am Tage nach dem Attentat, also am 29. Juni 1914, zu

dem Bündnis mit Österreich:

„Immerhin erweist es sich nicht als eine Quelle der Stärkung, sondern als eine Quelle der Schwäche. Das Problem Österreich erhebt sich immer drohender zu einer Gefahr für den Frieden Europas."

In gleichem Sinne und mit wichtigen Differenzierungen schrieb auch Eduard Adler über dieses Thema. Es war ein gutes Dutzend ausführlicher Leitartikel, geschrieben während dieser kritischen Tage, deren Verfasser man aus späterer Sicht prophetischen Scharfsinn und beträchtliche Kenntnis der hier wirksamen Zusammenhänge zubilligen muß. Unmittelbar nach dem Attentat von Sarajewo, am 30. Juni 1914, schrieb er unter dem Titel „Die Tragödie des Hauses Habsburg – Folgen für die deutsche Politik" u. a.:

„Das berühmte Gleichgewicht der Kräfte, das die gegenwärtige Gruppierung der Mächte angeblich darstellen soll, ist durch die Entwicklung tatsächlich aufgehoben, und Deutschland befindet sich auf der Seite der Verlierer."

Diese Meinung muß im Zusammenhang mit der Entwicklung der deutschen Außenpolitik seit dem Sturz Bismarcks gesehen werden. Bismarck hatte das Deutsche Reich im Spiel der europäischen Mächte in eine günstige Position rücken können. Seine Nachfolger verstanden sich hierauf nicht. Der Geschichtswissenschaftler Arthur Rosenberg spricht die historische Schuld an dieser Entwicklung Bismarck selbst zu. Bismarck nämlich habe mit der Reichsverfassung von 1871 das Schicksal Deutschlands in die Hand des Monarchen gelegt, was sich mit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm II. als ein Verhängnis erwiesen habe.[2]

[2] vgl. Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik, Frankfurt am Main, 1961, S. 43 ff.

Im offiziellen Deutschland und auch im Bürgertum empfand man freilich nur die Glorie der Monarchie. Kritische Stimmen waren aus diesen Kreisen nicht sehr vernehmlich. Man bemerkte offenbar wenig, daß sich Deutschlands Lage außenpolitisch verschlechterte. Für Eduard Adler nahm diese Entwicklung bereits Formen an, die ihn Deutschland auf der Seite der Verlierer sehen ließ. Damit meinte er in erster Linie Österreich-Ungarn, von dessen Regierung er am 30. Juni 1914 schrieb, sie habe nicht gelernt, *„sie taumelt blind in ihr Verderben"*. Die Position der Habsburger Monarchie hatte er schon einen Tag vorher, am 29. Juni 1914, in einem Artikel über die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand geschrieben:

„Man hat angesichts der grauenvollen Tat kaum Zeit, sich den menschlichen Empfindungen hinzugeben, die sie aufwühlt – so gewaltig und unheilvoll sind die politischen Folgen, die sie nach sich zu ziehen droht. Franz Ferdinand war ein unbedeutender Mann, und doch hing an diesem Mann die Zukunft Österreich-Ungarns. Sein Regierungsantritt, der bei dem hohen Alter Franz Josefs in naher Zeit zu erwarten war, konnte den Zerfall des alten Kaiserstaats einleiten, er konnte aber auch – so rechneten die Anhänger des Thronfolgers – nach einer heftigen Krise zur Befestigung führen."

Befestigung der Monarchie, aber unter dem – nach der Ermordung Franz Ferdinands – neuen Thronfolger? Dazu

schrieb Adler:

„Jetzt wird nach einer voraussichtlich kurzen Zeitspanne dieser unbekannte, unvorbereitete, anhanglose junge Mann Kaiser von Österreich sein – und die Frage drängt sich auf: Was dann?"

Adler erwartete eine tiefgehende Zerrüttung des alten, zum Zerfall bestimmten Staatswesens; es müsse *„mit dem Ausbruch eines schweren internationalen Konflikts gerechnet werden"*, darum müsse heute *„schon gesagt werden, daß Deutschland auf keinen Fall Grund hat, eine gegen Serbien gerichtete österreichische Gefühlspolitik mitzumachen. Es wäre menschlich, wenn sich Habsburg für das verübte blutige Verbrechen Genugtuung verschaffen wollte, es wäre aber unmenschlich, Europa deswegen in einen Krieg zu stürzen"*. Die Politik der deutschen Regierung habe *„nicht die Aufgabe, Habsburg zu rächen oder Österreich zu retten... Niemand weiß, wie spät oder wie früh für Österreich der Tag der Katastrophe kommt. Kommt er aber, ehe Deutschland, Frankreich und England einig sind, dann wird bald darauf Europa in seinem Blute schwimmen."*

Die Einsicht, daß Deutschlands Wohlergehen von der Bemühung abhing, den militärischen Konflikt mit Frankreich und England zu vermeiden, spricht deutlich genug aus diesem Artikel. Es bestätigte sich auch mit den dann folgenden Ereignissen: Kern einer notwendigen deutschen Außenpolitik hätte die Verständigung mit England und Frankreich sein müssen. Das aber spiegelte sich nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit in der Publizistik jener politischen Kräfte, die der deutschen Sozialdemokratie gegenüber standen. Man sprach und schrieb nur von der Bündnistreue gegenüber Österreich-Ungarn, aber nicht von den notwendigen Bedingungen, unter denen erst der Bündnisfall gegeben sein konnte. Eduard Adler hingegen – wie sicher die gesamte sozialdemokratische Presse – argumentierte einen Monat lang, daß es Aufgabe der deutschen Reichsregierung sei, auf Österreich-Ungarns Regierung mäßigend einzuwirken.

Die Not der arbeitenden Schichten

Aus der Lektüre mancher Ausgaben der damaligen Volks-Zeitung drängt sich immer wieder die Einsicht auf, daß die arbeitende Bevölkerung andere Sorgen hatte als weite Schichten des Bürgertums, die sich – daran gemessen – den Nationalismus als eine Art politischen Luxus leisten konnten. Womit nicht die Wichtigkeit nationaler Interessen beiseite geschoben, wohl aber betont werden soll, daß den arbeitenden Schichten die unmittelbare Not vor Augen stand. In solchen Zusammenhängen setzten sich die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften damals besonders nachdrücklich für die Schaffung einer gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge ein; es gab zwar bereits die von Bismarck geschaffene öffentliche Versicherung, aber Arbeitslosigkeit wurde durch sie nicht abgefangen. Solange es dies nicht in der Gesetzgebung gab, mahnte man die Gemeinden, etwas zu tun. Und während Eduard Adler sich in der VZ der bedrängenden außenpolitischen Themen annahm, befaßten sich Journalisten des lokalen Bereichs u. a. mit dem Thema Arbeitslosigkeit. Charakteristisch ist hierfür

ein Bericht, der am 6. Januar 1914 veröffentlicht wurde. In ihm heißt es:

„In Kiel herrscht kein besonderer Notstand, auch ist die Arbeitslosigkeit nicht übermäßig groß. Das ist so ungefähr die Meinung der Mehrheit des Magistrats, womit sie ihre Ablehnung der Einführung einer Arbeitslosenfürsorge begründet. Daß die Tatsachen uns eines anderen belehren, zeigt der nachstehende Fall, der uns, ein wenig verspätet allerdings, berichtet wird. Kurz vor dem Weihnachtsfest verstarb der achtjährige Sohn des in der Boninstraße wohnenden Zimmerers und früheren Technikers W. Der herbeigerufene Armenarzt weigerte sich jedoch, den Totenschein auszustellen, weil nach seiner Ansicht das Kind an Unterernährung gestorben sei. Die Leiche wurde sodann beschlagnahmt und gerichtsärztlich untersucht. Hierbei ist dann festgestellt worden, daß bei dem Kinde zwar Unterernährung vorgelegen, daß die eigentliche Todesursache jedoch auf ein Unterleibsleiden, an dem der Junge früher bereits in einem hiesigen Hospital behandelt worden war, zurückzuführen sei. Gleichzeitig aber stellte sich dann auch heraus, daß die ganze Familie, Mann, Frau und sechs Kinder, an Unterernährung litt... Der Vater hatte in der letzten Zeit zwar etwas Arbeit, er hat dagegen vorher längere Zeit feiern müssen. Als er sich in seiner Notlage schließlich an den Armenpfleger seines Bezirks wendete, wurde ihm auch die übliche Unterstützung gewährt, der Pfleger ließ der Familie sogar aus eigenen Mitteln eine kleine Extraunterstützung zuteil werden... Der Fall zeigt jedoch, daß der herrschende Notstand in Kiel denn doch nicht so gering einzuschätzen ist, wie es stellenweise geschieht."

Man muß den mit solchen Schilderungen deutlich werdenden Hintergrund sozialdemokratischer Politik in diese Betrachtung einbeziehen, weil damit der Grundton schwerwiegender sozialer Nöte spürbar wird. Es gab gewiß keine Anzeichen dafür, daß auch nur eines der sozialen Probleme durch einen Krieg hätte gelöst werden können. Das mochte mit dem Ausbruch des Krieges verdeckt worden sein, aber für die Sozialdemokratische Partei und ihre Presse gab es gewiß keinen sachlichen Grund, diese Nöte zu kaschieren. Die lokale Berichterstattung in der VZ machte jedenfalls deutlich, daß die arbeitenden Schichten von vornherein ein anderes Verhältnis zum Kriege hatten als das Bürgertum – ganz zu schweigen von der Rüstungsindustrie und der immer noch feudalistisch gestimmten Militärschicht.

Es ist nicht zu vermuten, daß Eduard Adler hierin im Widerspruch zu der Einstellung seiner Redaktionskollegen stand. Jedoch fällt auf, daß es im Höhepunkt der außenpolitischen Krise in der ständigen Artikelserie Eduard Adlers eine Unterbrechung gab. Seit dem 3. Juli 1914 erschien während eines Zeitraumes von zehn Tagen in der VZ zur außenpolitischen Lage nichts. Wenn nicht etwa eine Erkrankung Adlers die Ursache war, dürfte zu vermuten sein, daß er sich zur Information in Berlin aufgehalten hat. Da er der einzige in außenpolitischen Fragen bewanderte Redakteur war, mag sich keiner der Kollegen angesichts der kritischen Lage getraut haben, hier-

über zu schreiben, obgleich es wichtig gewesen wäre.

Daß Adler während dieser Tage aus irgendwelchen Gründen nicht verfügbar war, ergibt sich auch aus der Tatsache seiner offenbaren Abwesenheit auf der Hauptversammlung der Kieler Sozialdemokraten am 2. Juli. In dem Bericht, der am 3. Juli in der VZ über diese Hauptversammlung erschien, findet sich kein Wort über eine etwaige Behandlung der brennend aktuellen Zeitereignisse, Eduard Adler als die zweifelsfrei führende politische Persönlichkeit der SPD in Kiel würde – wie auch sonst üblich – die Gelegenheit der Hauptversammlung sicher genutzt haben, über die gefahrvolle Lage nach dem Attentat von Sarajevo zu sprechen; man hätte es von ihm auch erwartet. Daß dies nicht geschah, läßt sich nur mit einer durch Reise oder Krankheit bedingten Abwesenheit erklären. Erst am 13. Juli erschien in der VZ wieder ein politischer Kommentar, allerdings auf Seite 2 statt auf der ersten Seite, auf der Adlers Leitartikel zu erscheinen pflegten. Möglich, daß dieser Artikel einen anderen Verfasser hat, jedoch entsprach die Argumentation derjenigen Adlers.

Die Chauvinisten entscheiden

Mit einem Nachdruck, hinter dem man steigende Sorgen verspürt, warnt Adler dann jedoch ab Mitte Juli 1914 wieder täglich vor einer Politik, die zum europäischen Krieg führen müsse. Die Mahnung richtet sich an die beteiligten europäischen Regierungen insgesamt, so wie es auch die Vorstände der sozialdemokratischen Parteien in Europa hielten. Über die Haltung der französischen Sozialisten wird in der VZ vom 17. Juli berichtet:

Der französische Sozialistenkongreß nahm mit großer Mehrheit den von Jaures und Vaillant eingebrachten Beschlußantrag an, welcher die seinerzeit in Kopenhagen gefaßte Resolution mit folgendem Zusatz enthält: „Der Kongreß sieht unter allen Mitteln, welche den Krieg verhindern und die Regierung zur Anrufung eines Schiedsgerichts zwingen sollen den gleichzeitigen und internationalen Gesamtstreik in den beteiligten Ländern sowie eine volkstümliche Bewegung als besonders wirksam an."

In Frankreich also sprach man immerhin von einem internationalen Streik, der den Krieg verhindern könne. Doch je näher die Kriegsgefahr rückte, um so mehr Zweifel an der Möglichkeit eines solchen Streiks müssen bei den führenden Sozialdemokraten in Europa aufgekommen sein.

Eduard Adler kommentierte die Lage in Frankreich am 25. Juli 1914 mit der Feststellung:

„Wenn auch das französische Volk im ganzen friedlich ist und wenn auch die Sozialdemokratie Frankreichs und ein Teil seiner Radikalen keinen Krieg will, so dürfte doch unter diesen Umständen der Wille russischer und französischer Chauvinisten den Ausschlag geben. Dann hätte Deutschland den Krieg mit zwei Fronten und dadurch entstände der große Europäische Krieg."

Es könne, so heißt es weiter, dazu kommen, daß Europa und vor allem Deutschland einem ähnlichen Schicksal entgegengeht, wie in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges. Und:

„Die Verantwortung für alles was geschieht, ... tragen die säbelrasselnden Idioten in Wien." Sie schüren den Weltbrand, so überschrieb Adler seinen Artikel. *„Einer der faulsten Staaten, die wir in Europa haben"*, so meinte Adler, *„ein Staat, dem spähende Politiker schon seit Jahren ein Ende voraussagen, das ihn explosiv in seine Bestandteile zersetzen wird, hat es gewagt, eine Katastrophe heraufzubeschwören"*, und ob Italien sonderlich Lust habe, das mitzumachen, *„ob es nicht ebenso jämmerlich, wie es 1870 die Franzosen verriet, auch bereit sein wird, im Jahre 1914 das Deutsche Reich zu verraten, sei dahingestellt. Eins scheint uns sicher. Die heute im Deutschen Reich regierenden Staatsmänner denken nicht wie Bismarck. Sie sind nicht so klug wie Bismarck und sie wagen es, um des bißchen Österreichs willen, die Knochen pommerscher Grenadiere zu opfern, die einem Bismarck für solche Experimente doch zu schade waren."*

Generalstreik nicht in Sicht

„Um des bißchen Österreichs willen ...", vielleicht, an der militärischen Kraft gemessen, eine gewagte Formulierung, jedoch zeigte sich im Verlaufe des Krieges, wie zutreffend es war, wenn die Habsburger Monarchie als zerfallend charakterisiert wurde. Und deutlich zeigte sich zugleich mit der Unaufhaltsamkeit des bevorstehenden Kriegsausbruches auch eine doppelte Verzweiflung, nämlich die über das hereinbrechende Verhängnis und jene über die Unmöglichkeit, den Regierungen in den Arm zu fallen. Zwar hatte der Parteivorstand der SPD noch am 24. Juli einen Aufruf veröffentlicht, deren Schlußsätze lauten:

„Der Weltkrieg droht. Die herrschenden Klassen, die euch sonst knebeln, verachten, ausnützen, wollen euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!"

Aber da war hinter hochtrabenden Worten schon Verlegenheit und Ausweglosigkeit sichtbar. Man mag noch den Ernst der von besserer Einsicht diktierten Warnung erkennen, jedoch bemerkenswerter an dem Aufruf ist die Tatsache, daß von einer Drohung mit dem Generalstreik der sozialdemokratischen Internationale keine Rede mehr ist. Im Gegensatz zu dem Aufruf der französischen Sozialisten. Es ist jedoch nur ein zeitbedingter Gegensatz, denn der französische Aufruf liegt zehn Tage vor dem deutschen. Zehn Tage, in denen nicht nur in Deutschland die Einsicht reifte, daß man einen Generalstreik nicht durchführen konnte. Es gab für einen Streik gegen den Krieg weder Modelle noch organisatorische Vorbereitungen. Vor allem aber mußte in den Vorständen der europäischen Sozialdemokratie Kenntnis von der Tatsache genommen werden, daß auch die Masse der arbeitenden Schichten in den Sog der nationalen Begeisterung geraten war und man allenfalls mit dem Kern der klassenbewußten und organisierten Arbeiterschaft rechnen konnte.

So klingt denn auch in den Adlerschen Leitartikeln keine ernstliche Aufforderung zur praktischen Abwehr des Unheils an, sondern lediglich die Feststellung, daß die Arbeiterschaft

mit der Bekämpfung des Krieges recht habe. Die Perspektiven eines beginnenden Krieges schildert er in einem Leitartikel vom 25. Juli 1914 folgendermaßen:

„Ein Krieg bedeutet heute mehr, als er früher bedeutet hat... Hunderttausende werden unter den Maschinengewehren auf dem Schlachtfelde niedersinken, um nie wieder aufzustehen. Andere Hunderttausende werden als Krüppel heimkehren... Daneben steht der wirtschaftliche Ruin. Außer in den Städten, wo man für den Kriegsbedarf arbeitet, ... wird alles stocken. Schlimmer aber wird es, wenn Deutschland nach zwei Fronten kämpft. Hat es zu ringen mit Frankreich und Rußland zugleich, so tritt eine Grenzsperre mit den schärfsten Folgen ein. Wirtschaftlicher Verkehr ist notwendig, damit Deutschland existieren kann. Der dritte Teil unserer Nahrungsmittel und unseres Bedarfs wird bekanntlich aus dem Auslande eingeführt... Unser Volk wird das nicht bekommen, was es für die tägliche Notdurft des Lebens und des Leibes braucht und unsere großen Städte... werden in der kürzesten Zeit in die Verlegenheit kommen, ihre Bevölkerung nicht mehr ernähren zu können."

Die Sozialdemokratie setzte eine letzte Hoffnung noch auf die in ganz Deutschland angekündigten Massenversammlungen gegen den Krieg. Man könne zweifeln, so schreibt Adler, ob man in der Lage sein werde, die Regierung vor dem letzten Schritt zurückzuhalten, aber *„wir haben alles zu tun, was in dieser Hinsicht möglich ist."*

So wird denn auch in einem Bericht über eine Protestversammlung im Lokal der Kieler Waldwiese auf den Friedenswillen der Kieler Bevölkerung verwiesen. *„Der größte Saal Kiels war überfüllt"*, so liest man. Sechstausend Personen seien dort gewesen, und Eduard Adler habe gesprochen. In einer Resolution wird der Weltkrieg als eine Folge des aus dem Kapitalismus entstandenen Imperialismus und der wahnsinnigen Wettrüstungen bezeichnet. Mit einem Schlage – so schreibt der Berichterstatter der VZ – habe die Kieler Arbeiterschaft dem dummen verlogenen Gerede von der Kriegsbegeisterung in Kiel ein Ende gemacht.

Kundgebungen dieser Art gab es in ganz Deutschland. Und wenn die Sozialdemokratie eine Macht im Staate gewesen wäre, eine Institution mit verfassungsmäßig gesicherten Einflußmöglichkeiten auf die Regierungspolitik, dann hätte sie der Regierung Deutschlands die Grenzen der Bündnispflicht wirksamer klar gemacht als geschehen. Vielleicht. Aber auch den französischen Sozialisten gelang diese Intervention nicht, obgleich Frankreichs Regierung auf demokratischem Wege gebildet war. Nicht die Minderheit der politisch organisierten Friedensfreunde bestimmte das Geschehen in diesen Tagen, sondern – im Sinne der Kriegsapostel – „das Volk stand auf, der Sturm brach los". Überwältigend. Von teils kriegsbereiten, teils kriegswütigen Regierungen letztlich in Szene gesetzt. Von heute her gesehen eine europäische Selbstvernichtungsorgie.

Über das, was damals die Massen ergriff, was sich als „Volksgeist" etablierte, waren sich die führenden Persönlichkeiten

der Sozialdemokratie sichtlich im Unklaren. Sie hatten eine wohl eher diffuse Vorstellung davon, daß die arbeitenden Massen der europäischen Industriestaaten in den Sog der Empörung der organisierten Arbeiterschaft über die Kriegstreiberei geraten und damit die Entscheidung über Krieg und Frieden in die eigenen Hände nehmen werden. So etwa mag Eduard Adlers Leitartikel vom 29. Juli 1914 zu verstehen sein, in dem er als Fazit der sozialdemokratischen Massenkundgebungen gegen den Krieg verkündete: Wer jetzt, *„wie es in Deutschland schon geschah"*, bemüht sei, *„der Masse das Recht auf Meinungsäußerung zu nehmen, der handelt wie jemand, der einen Vulkan verstopfen wollte"*. Hier heiße es, dem Volksgeist freie Bahn zu gewähren: *„Wer das nicht tut, hat die Folgen zu tragen."*

Freilich, so war es, aber Vulkan und Volksgeist explodierten in eine andere Richtung, und das Ergebnis war die totale Verunsicherung der sozialdemokratischen Führungskräfte.

Im Grunde erging es den revolutionär entschiedeneren sozialdemokratischen Politikern auch nicht anders als den vorsichtigeren Reformisten. So veröffentlichte die Volks-Zeitung damals – am 30. Juli 1914 – einen Artikel von Rosa Luxemburg, der gedanklich entschiedener sein mochte als Eduard Adlers Artikel, aber doch genau dieselbe Selbsttäuschung über die Möglichkeit der Mobilisierung der Massen für eine Politik des Friedens enthielt. Sie schrieb:

„Wenn es jetzt noch eine Hoffnung gibt, daß der russische Bär vor den Gefahren des Kriegsabenteuers im letzten Augenblick trotz alledem vielleicht zurückschrecken wird, so ist es einzig und allein der schöne Brand der beginnenden Revolution im eigenen Hause, der diese magische Wirkung auf die herrschende Kamarilla an der Neva ausüben kann. Gelingt es diesmal den Frieden Europas noch zu wahren, so hat sich Europa dafür nicht bei dem Dreibund, sondern bei dem heldenhaften russischen Proletariat und seiner unerschöpflichen revolutionären Energie zu bedanken. Und ebenso besteht die einzige wirkliche Garantie des Friedens für Deutschland wie für Frankreich darin, ohne Verzug mit aller Energie die latente Macht des Proletariats in Bewegung zu setzen . . . Den Regierungen und den herrschenden Klassen muß gezeigt werden, daß heutzutage ohne das Volk und gegen das Volk keine Kriege mehr geführt werden können."

Darüber ist heute nichts mehr zu sagen; man weiß, wie es ging! Mit dem Volk gegen das Volk.

Der Glaube an Friedensbereitschaft

Und da war es schon ohne Bedeutung, ob innerhalb der deutschen Sozialdemokratie ein Politiker nun revisionistisch, reformistisch oder umstürzlerisch gesonnen war. Auch die Revolutionäre konnten die Machtverhältnisse nicht nach ihren Wünschen zurechtbiegen. Eduard Adler setzte angesichts dessen nur noch auf die angebliche oder tatsächliche Friedensbereitschaft der Reichsregierung und gab in diesem Sinne eine Art Vertrauensvorschuß. Er schrieb unter dem Titel „In ernster Stunde" am 31. Juli in der VZ, es sei anzuerkennen, daß die deutsche Regierung bemüht sei, den Frieden zu erhalten und *„alle Maßnahmen zu unterlassen, die im Auslande aufreizend*

wirken können". Ihre Organe in Wien, Paris und Petersburg seien bestrebt, *„die Lokalisierung des Krieges auf den Donauschauplatz herbeizuführen"*, es sei jedoch kein Zweifel, daß *„genügend unverantwortliche Scharfmacher existieren, die ihr diese Arbeit erschweren"*. Der größte Teil des deutschen Volkes, ja, selbst viele Großkapitalisten seien für den Frieden, aber es gäbe Leute, *„die im Ausbruch des Krieges die Erfüllung ihres höchsten Ehrgeizes sehen"*.

Meinte er damit die publizistischen Kriegshetzer? Meinte er die von romantischer Kriegsbegeisterung erfüllte bürgerliche Jugend? Oder vielleicht doch auch einflußreiche Militärs im Generalstab, die eine Neigung zur These vom „rechtzeitigen Krieg" hatten? Die Sozialdemokraten konnten damals nicht exakt wissen, aber vielleicht ahnen, welche politischen Absichten von dieser Seite ausgingen, wie sie auf den Monarchen wirkten, der schon immer für große Töne von schimmernder Wehr bekannt war, aber nun wohl angesichts einer unmittelbaren Kriegsgefahr von seinen Stimmungen hin und her gerissen schien.

Die Auseinandersetzung der Historiker über die Frage, inwieweit die Reichsregierung von den Militärs vorangeschoben und damit etwa zum Träger der Kriegspolitik wurde, scheint noch in vollem Gange. Die Sozialdemokratie hatte damals Ursache zu glauben, die Regierung werde alles tun, um den Frieden zu erhalten. Man hatte seine Zweifel, aber konnte eben nicht mehr tun, als die Regierung in ihrer tatsächlichen oder fiktiven Friedensbereitschaft zu unterstützen. Sicher zeigt sich darin auch der Zustand der Ohnmacht der europäischen Sozialdemokratie. Man setzte noch eine vage Hoffnung auf den für den 9. August einberufenen internationalen Sozialistenkongreß in Paris. Glaubte man, noch soviel Zeit zu haben? Nun, das Büro der Internationale wurde doch schon früher einberufen, für den 29. und 30. Juli, in Brüssel, für die deutschen Sozialdemokraten waren Hugo Haase und Karl Kautsky erschienen; Rosa Luxemburg nahm auch teil, aber als Vertreterin Polens.

Nach Susanne Miller eröffnete der Österreicher Victor Adler mit einer von tiefstem Pessimismus gekennzeichneten Lageanalyse: *Obwohl Serbien* – so Victor Adler – *alle wichtigen Punkte des österreichischen Ultimatums mit Ausnahme einiger Abweichungen angenommen hat, haben wir trotzdem Krieg. Die Partei ist wehrlos. Etwas anderes zu sagen, hieße das Büro betrügen!*[3]

[3] Susanne Miller, a. a. O.; S. 44.

Haase war anderer Meinung, aber – nach Susanne Miller – auch Haases Glaube an die Wirksamkeit der Friedensdemonstration stützte sich in erster Linie auf seine Überzeugung, daß Deutschland den Frieden wolle. An die Möglichkeit, einen Generalstreik durchführen zu können, glaubte offenbar niemand.

Erkenntnis: England kann nicht neutral bleiben

In Eduard Adlers Leitartikeln zeigte sich wie immer das Bestreben, den Lesern eine möglichst ungeschminkte Analyse der Machtverhältnisse in einem Krieg zu geben. Das war um so

notwendiger, als ringsum publizistisch gefährliche Illusionen gepflegt wurden, besonders bezüglich der Haltung Englands. In der bürgerlichen Presse schob man Besorgnisse beiseite, da ja England weder mit dem russisch-französischen noch mit dem deutsch-österreichischen Bündnis festgelegt schien – und schließlich hatte man ja die deutsche Flotte als schlagkräftiges militärisches Instrument.

Eduard Adler bestätigte zwar im Leitartikel vom 31. Juli:

„Die Stimmen der englischen Presse lassen deutlich erkennen, daß der englische Geschäftssinn sich mehr vom Frieden als vom Kriege verspricht,"

aber, so fügte Adler hinzu, man sei drüben überzeugt,

„daß England bei einem allgemeinen Zusammenstoß nicht untätig bleiben kann. Diese Erkenntnis müßte auch in Deutschland bei denen, die noch töricht genug sind, den etwaigen Krieg als einen glänzenden siegreichen Husarenritt anzusehen, zur Einsicht führen."

Man hatte jedoch keine Erkenntnis, selbst in Regierungskreisen kaum, infolgedessen also auch keine Einsicht. Und die deutsche Flotte? Auch in der Beurteilung ihrer Möglichkeiten erwies sich Eduard Adler als weitsichtig. Er schrieb am 31. Juli:

„Wir zweifeln gar nicht daran, daß die Kriegstechnik der deutschen Flotte so hoch entwickelt ist, daß sie englischen Geschwadern auf hoher See begegnen kann, aber wir rechnen damit, daß in Seeschlachten auf beiden Seiten alle beteiligten Kriegsfahrzeuge vernichtet oder kampfuntauglich werden. Dann wird der die See beherrschen, der trotz der kolossalen Verluste noch Kriegsschiffe im Hafen, in der Reserve hat."

Nach dem strategischen Ergebnis hat er damit in etwa die Seeschlacht im Skagerak vorausgesehen.

Die Warnungen vor den voraussichtlichen Bedingungen des Krieges halfen in diesem Stadium der Entwicklung gewiß nicht mehr, hatten ja auch – obgleich in einer breiten Front der Argumentation vorgetragen – die Regierung offenbar nie beeinflußt. Als es nun aber keine Aussicht auf Erhaltung des Friedens mehr gab, stand die Sozialdemokratie vor der Notwendigkeit, sich irgendwie zu entscheiden, auch wenn diese Entscheidung eigentlich schon gar nicht mehr in ihrem Ermessen lag. Selbstverständlich wird es heute mehr Anhänger der SPD geben, die der Meinung sind, die Kriegskredite hätten nicht bewilligt werden dürfen. Hier geht es jedoch nicht um die Beurteilung aus dem Erfahrungs- und Wissensstand einer sehr viel späteren Zeit, sondern lediglich um den Versuch zu erläutern, aus welchen Überlegungen die Partei damals zu ihrer Entscheidung kam. Man braucht daran nichts zu beschönigen; der wesentliche Umstand war ihr innerer Zusammenbruch angesichts der unzweideutigen Erkenntnis, daß die oft beschworene Internationale ein Schemen war; eine großartige Idee zweifellos und ein politisches Konzept für die Zukunft Europas, aber damals kein einsetzbares Machtinstrument.

Ein weiterer Umstand, der die fällige Entscheidung beeinflußte, war die Einsicht, daß man auf der Ebene der Nation jedenfalls dann etwas zu verteidigen hatte, wenn Rußland auf

dem Kriegsplan erschien. Es ist zwar seltsam, aus dem Verlauf der Dinge zu destillieren, daß die französischen Sozialisten in den Krieg gegen Deutschland eintraten in der Gewißheit, daß sie Frankreich gegen den preußischen Militarismus zu verteidigen hatten, während die deutschen Sozialdemokraten in den Krieg gegen Rußland eintraten in der Gewißheit, daß sie Deutschland gegen die finsterste Reaktion in ganz Europa zu verteidigen hätten, den russischen Zarismus. Aber diese beiden Teile der in der Internationale vereinigten Sozialdemokratie standen in einem Krieg, den zu verhindern sie sich bis in die letzte Friedensstunde bemüht hatten. Erst als das nicht gelang, waren beide auf ihre nationale Position zurückgeworfen und mußten nun allerdings spüren, daß es ein politisches Abseits nicht geben konnte. Der Krieg war da, und der erste Kriegsgefallene war der Vorsitzende der französischen Sozialdemokraten, Jean Jaures, der einem Attentat zum Opfer fiel. Wiederum eine groteske Situation: Er wurde wegen seiner Friedenspolitik ermordet, und die französische Sozialdemokratie war paralysiert und mußte sich zum Krieg entschließen. Letztlich hatte wohl der europäische Nationalismus die Gemüter der Völker so ergriffen, daß er zum entscheidenden Faktor im Bewußtsein oder gar Unterbewußtsein der breiten Massen wurde.

„Diesmal noch zu schwach"

„Noch sind," so hieß es in Adlers Leitartikel vom 3. August 1914, *„die Massen nicht so geschult, daß sie ihre volle Macht brauchen können, um ihren Friedenswillen zum Gesetz zu machen . . . Aber selbst, wenn in einem der Staaten Europas die Sozialdemokratie schon den Frieden diktieren könnte, würde es nichts nützen. Nur gleichzeitig in allen beteiligten Ländern kann etwas geleistet werden . . . Wir Sozialdemokraten erkennen die Tatsache an, daß wir diesmal noch zu schwach waren, um Europa, vielleicht die ganze Erde, vor einer entsetzlichen Katastrophe zu beschützen."*

Die Verhältnisse lägen so, daß der Arbeiter sich seinen Kriegspflichten nicht entziehen könne. Und dann folgte der Nachsatz:

„Wir werden in all dem Elend einen Trost finden, wenn aus Anlaß dieses Krieges der böse Geist des Deutschen Reiches, die russische Regierung, ihr Ende findet . . ."

Daran knüpfte sich sodann die Rechtfertigung für die am Tage darauf erfolgte Bewilligung der Kriegskredite. Man hatte eine eingefleischte Furcht vor der russischen Barbarei, die selbst den – ein Jahr vor Kriegsausbruch verstorbenen – August Bebel zu dem vielzitierten Ausruf veranlaßte, er werde dann selber *„die Knarre in die Hand nehmen"*. Rußland war nun zwar der Staat in Europa, in dem eine Revolution überfällig war, sie hatte sich 1905 ja auch nachdrücklich angekündigt. Doch hier trog die Erwartung, daß der Eintritt Rußlands in den Krieg der Auslöser für die Revolution sein werde.

Aber welche Bedeutung hatte das Argument der notwendigen Abwehr russischer Barbarei für die organisierten Arbeiter in Deutschland? Offenbar bleibt nur die Antwort, daß es plausibel schien. Man fühlte sich zwar in Deutschland als Staatsbür-

ger minderer Klasse und als mißachtet. Aber im Vergleich mit Rußland fühlte man sich im Besitz von Rechten, die zu verteidigen man Ursache hatte.

Die Abneigung gegen russische Zustände war jedenfalls tief eingewurzelt in der Arbeiterschaft und auch in den Führungskreisen der Sozialdemokratie. Nicht nur August Bebel wäre da zu zitieren, sondern auch Karl Marx und Friedrich Engels. Vielleicht war dies Eduard Adler nicht unbekannt, jedenfalls war er seinem geistigen Zuschnitt nach wie diese ein Westeuropäer. Dennoch wundert man sich, wenn man in seinem Leitartikel vom 17. August 1914 liest:

„Es ist das Unglück der höher kultivierten Völker Europas, daß dieser mongolisch-slavische Staat ohne Kulturentwicklung der Machthaber seit Jahrhunderten in der Lage war, in Europas Geschicke einzugreifen."

Gewiß, Adler hatte auch lange vorher alle Sorgen gegenüber den Gefahren, die von Rußland her drohten, deutlich ausgesprochen. Aber die Diktion jetzt, nach dem 4. August, war doch befremdlich. Oder nur zu erklären, wenn man den Zwang berücksichtigt, unter dem er stand, da er doch, wie alle anderen Parteizeitungen, ein passables Kriegsziel vor den Augen der Leser aufbauen mußte. Da möchte wohl mancher gerne wissen, wie in dieser Situation – und für deutsche sozialdemokratische Politik etwa verantwortlich – Marx und Engels reagiert hätten. Man weiß es nicht, und es hat auch keinen Sinn, sie für irgendeine These in Anspruch zu nehmen. Allerdings ist es erlaubt, sie zu zitieren und damit jedenfalls zu beweisen, daß sie den russischen Beitrag zur europäischen Geschichte als Westeuropäer sahen, selbstverständlich als revolutionäre Sozialisten, aber eben doch als Westeuropäer. Friedrich Engels hatte in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Art der Argumentation im europäischen Konfliktfeld gepflegt, an die man sich erinnert fühlt, wenn man die Aufrufe des SPD-Vorstandes im August 1914 oder die Leitartikel von Eduard Adler liest. So heißt es bei Gustav Mayer in seinem Werk über Friedrich Engels, dieser sei ein eingefleischter Westeuropäer gewesen und habe in schärfster Gegnerschaft zum Panslavismus gestanden. Engels habe auf Rußland als Bedrohung Deutschlands hingewiesen und seine Landsleute gemahnt, sie sollten daran denken, daß das Reich des Zaren sich mit der Einverleibung des einstigen Großherzogtums Warschau Deutschland gegenüber eine Offensivstellung geschaffen habe, *„die uns solange bedroht, bis wir es daraus vertrieben haben werden"*. Rußland bedrohe und beleidige uns stets (so Engels, nach Mayer zitiert) und setze, wenn Deutschland sich dagegen erhebe, durch die Aussicht auf das linke Rheinufer die französischen Gendarmen in Bewegung. *„Sollen wir uns das noch länger gefallen lassen?"* – so Engels – *„Hat das Rheinland keinen anderen Beruf, als mit Krieg überzogen zu werden, nur, damit Rußland freie Hand an Donau und Weichsel bekommt?"* Auf diese Frage – der Wunsch klingt hier durch, so Mayer – möge Deutschland mit dem Schwert in der Hand die Antwort erteilen.

Daß dieses Schwert auf absehbare Zeit nicht in der Hand einer von der arbeitenden Klasse bestimmten Regierung sein werde, war klar, und auch Engels wird sich da keinen Illusionen hingegeben haben. Freilich haben beide, Marx und Engels, immer revolutionäre Entwicklungen in der Folge solcher Konflikte auftauchen sehen, und die zu nutzen, war stets ihr Ziel.

Zustimmen heißt nicht Hurra schreien

Letztlich im Sinne solcher Überlegungen tastete sich auch Eduard Adler, zunächst mit einiger Zurückhaltung, an die durch die Entwicklung gebotene neue Position der Sozialdemokratie heran. Er schrieb in der VZ vom 4. August 1914 unter dem Titel „Das Kriegsfeuer in Europa" zur bevorstehenden Thronrede aus Anlaß der Reichstagseröffnung:

„So sehr wir selbst Gegner der Kriege sind, so sehr wir selbst bemüht waren, den Krieg zu verhindern, so oft wir auch im Gegensatz zu dieser Regierung standen und stehen mußten, so nehmen wir doch an, daß bei der schließlichen Entwicklung der Dinge diese Regierung getan hat, was sie hier tun konnte."

Und zu der bereits in der Fraktion beschlossenen Bewilligung der Kriegskredite:

„Zustimmen heißt freilich nicht Hurra schreien. Wir machen den Krieg mit, weil wir jetzt die Teilnahme an diesem Ringen für eine ernste Notwendigkeit erkennen, und weil wir speziell den Russen gegenüber die Hoffnung in uns tragen, daß eine Besiegung des offiziellen Rußland neue Freiheiten für ganz Europa bedeuten wird. Aber hüten wir uns sehr, für das Elend, das wir verbreiten helfen müssen, Jubellieder zu singen."

Am 4. August also stimmte die SPD-Fraktion geschlossen – wenngleich mit erheblichem Widerstreben eines kleineren Teils der Abgeordneten – für die Bewilligung der Kriegskredite. Das war die parlamentarische Demonstration der Geschlossenheit des deutschen Volkes, der Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede den Stempel des reinen Gewissens gab: *„Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat..."*. – Es sei den Historikern überlassen zu klären, in welchem Ausmaß der Monarch über Vorstellungen im Generalstab bezüglich der Notwendigkeit einer aktiven Kriegspolitik unterrichtet war und wie er etwa dies in sein stets schwankendes Bild von Krieg und Frieden einzupassen wußte. Da ist vermutlich auch heute noch ein breites Feld für Interpretationen.

Eines freilich an diesem ereignisträchtigen Tage dürfte er ehrlichen Herzens verkündet haben, nämlich seine vor den versammelten Parteiführern und vorher vom Balkon des Schlosses gegebene Versicherung: *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!"*

Diese innenpolitische Formel hat damals großen Eindruck gemacht. Auch auf die Sozialdemokraten. Sie mochten geglaubt haben, daß in einer Art von Burgfrieden während des Krieges jegliche Parteipolitik zu schweigen habe. Nur, eine Seite der Beteiligten dieses Burgfriedens regierte und lenkte die Geschicke während des Krieges, die andere Seite, nämlich

die Sozialdemokraten, aber nicht.

Was das bedeutete, zeigte sich sehr bald. Alle für die deutsche Politik wirklich verantwortlichen Kräfte, alle, die an der Macht im Staate teil hatten, auch die Wirtschaft, auch die „Alldeutschen", waren spätestens nach einigen Kriegsmonaten so weit, daß sie Eroberungspläne von teils grotesken Ausmaßen auf den Tisch legten. Angesichts dessen mag man sich darauf besinnen, daß ein Verzicht auf die Parteienkonstellation während des Krieges in den westlichen Demokratien undenkbar war. Sie kannten Parteien, wenngleich sich diese an der Kriegszielhysterie nicht minder delektierten, denn der Krieg dringt in die Gehirne. Immerhin, bis heute geistert wohl das von einem pessimistischen Humanismus zeugende Wort des britischen Außenministers Sir Edward Grey vom 5. August 1914 durch die ganze Geschichte unseres Kontinents: *„In diesem Augenblick gehen in ganz Europa die Lichter aus; wir alle werden sie in unserem Leben nie wieder leuchten sehen."*

Worte von gleichem realistischen Ernst fanden in Deutschland nur die Sozialdemokraten. In der zweiten Sitzung des Reichstages gab der Abgeordnete Haase für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu. Wir lehnen sie ab. Wir haben die Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und immer für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Unsere Anstrengungen sind vergeblich gewesen. Nun haben wir zu denken an all die vielen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen worden sind... Bei einem Siege des russischen Despotismus ... steht viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwenden... Da machen wir wahr, was wir immer betont haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich..."

Demgemäß also Bewilligung der Kriegskredite. Man hielt Fraktionsdisziplin, alle stimmten zu, auch die 14 Abgeordneten, die vorher, in der Fraktionssitzung, für Ablehnung votiert hatten – unter ihnen Haase, der dann in der Reichstagssitzung gegen seine persönliche Überzeugung die Stellungnahme der Fraktion zu begründen hatte. Später, als sichtbar wurde, daß auch die deutsche Reichsregierung entgegen ihrer Versicherung, nur einen Verteidigungskrieg zu führen, Eroberungsabsichten aussprach, stimmte Haase mit anderen Abgeordneten gegen weitere Kriegskredite. Die Fraktion spaltete sich.

Aus Crispiens Tagebuch

Für Eduard Adler war die Schwierigkeit, den Gesinnungsgenossen in Kiel den Kurs der Partei klar zu machen, gewiß nicht gering. Es ging ihm nicht anders als anderen sozialdemokratischen Journalisten. Es scheint jedoch so, als ob manche Parteiredakteure vorbehaltloser argumentierten, als dem Parteivorstand recht war. Darüber schreibt Susanne Miller:

„Die unmittelbare Reaktion auf die Einreihung der Partei in

die nationale Front hatte den Parteivorstand alarmiert: die meisten Parteiblätter interpretierten die Fraktionserklärung in einer Weise, die Scheidemann als Unterstützung der chauvinistischen Stimmung in der Bevölkerung verurteilte und die ihn veranlaßte, die Parteiredakteure darauf hinzuweisen, diese Erklärung enthielte nicht nur die Beteuerung, daß die Partei in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lasse, sondern noch eine Reihe anderer wichtiger Sätze . . ., wie die über die Schuld kapitalistischer Regierungen an ihm . . . und über unsere Forderung, dem Kriege ein baldiges Ende zu machen. Bereits kurz nach Kriegsausbruch sah sich der Parteivorstand zu einer Mahnung an die Parteiredakteure veranlaßt, weil sich eine Reihe von Parteiblättern ‚starke Entgleisungen' hätten zuschulden kommen lassen."[4]

[4] ebenda, S. 75.

In einer Fußnote erläutert dann Susanne Miller, Crispien habe in seinem Tagebuch notiert, das Rundschreiben sei ausgelöst worden durch Artikel im „Hamburger Echo" und in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung". Mag sein, daß sich diese Notiz bereits auf Eduard Adlers Leitartikel vom 5. August bezieht. In diesem Artikel schreibt er, es stünden drei der mächtigsten Staaten der Erde vereinigt, um das Deutsche Reich zu zerschmettern, *„um die Barbarei in unsere Gefilde zu tragen"*. Da könne man nicht rechten um die Gründe und Ursachen. *„Es ist berechtigt"*, so schreibt er, *„und es ist notwendig und es ist gut, wenn Deutschland sein Schwert zieht, wenn Deutschlands Söhne überall bereit stehen, um das Land ihrer Väter, das Fortbestehen ihres Volkes zu verteidigen. Entweder untergehen, nachdem wir das letzte gewagt haben, oder siegen und ganz Europa befreien, das ist nunmehr die Losung . . . Aber nicht die Arbeiter in allen Ländern der Erde sind es, welche Krieg führen gegen Deutschland, sondern Vertreter der Klasseninteressen, die in den einzelnen Ländern regieren, gewissenlose Staatsmänner . . ."* usw., eine etwas verworrene Argumentation also, die plötzlich den Schuldigen, den Kapitalismus und Imperialismus nach außen projiziert. Verlegenheit angesichts des Zusammenbruchs der bisherigen Argumentationskette? Es mag auch etwas mitspielen, das psychologischer Deutung bedarf.

Eduard Adler war schließlich bürgerlicher Herkunft, hatte möglicherweise als ein Mensch von enormer geistiger und körperlicher Präsenz während seiner Militärdienstzeit Gefallen am Soldatenberuf gefunden, die Offizierlaufbahn jedoch als Jude verbaut gesehen. In welchem Maße nun ein latenter Bestand an nationalen und soldatischen unerfüllten Wunschvorstellungen mit dem Bekenntnis zum Kriege frei wurde, läßt sich gewiß schwer bestimmen, sollte aber wohl in die Betrachtung einbezogen werden. Er konnte vieles an Behinderungen nunmehr kompensieren, als er, der organisatorisch außerordentlich fähige führende Sozialdemokrat, nunmehr in öffentliche Verantwortung zum Beispiel für die Organisation der Ernährung in Kiel delegiert wurde. Er wurde hierin ja auch weiterhin vom Vertrauen der Partei getragen, zwar nicht einmütig, wie der Rücktritt Hermann Adams vom Vorsitz der Pressekommission

22. Jahrgang. Schleswig-Holsteinische Nr. 180.

Volks-Zeitung.

Redaktion: Fernsprecher Nr. 5061. Organ für das arbeitende Volk. Expedition: Fernsprecher Nr. 446.

Abonnement auf die wöchentlich sechsmal erscheinende Zeitung einschließl. der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und der Unterhaltungs-Beilage (gewinnt wöchentlich) nur bei Hauptexpedition in Kiel und Filialen (Filialen monatlich 75 Pf., durch die Post frei ins Haus geliefert vierteljährlich 90 Pf. Einzelne Nummern kosten 5 Pf., mit der Beilage „Die Neue Welt" 10 Pf.

Kiel, Mittwoch, den 5. August 1914.

Anzeigen haben am nächstgelegenen Vertriebsort oder dessen Raum in Kiel und der Provinz 20 Pf., außerhalb der Provinz 30 Pf. „Kleine Anzeigen" (Arbeitsmarkt, Geschäfte, Wohnungs-Gesuche und -Angebote) bis zu 5 Zeilen 5 Pf. Annahme für größere Anzeigen bis abends vor dem Erscheinungstage, für kleine Anzeigen bis 10 Uhr vorm. in der Hauptexpedition in Kiel, Bergstr. 11

Kampf für Kultur und Freiheit!

Feinde ringsum! Das einzig und allein von der Sozialdemokratie Geahnte, dennoch auch von ihr noch nicht für wahrscheinlich Gehaltene ist eingetreten. Deutschland ist rings von Feinden umgeben. Der Russe und der Franzose haben durch ihre Mobilmachungen, durch ihre Grenzverletzungen bewiesen, daß sie die Absicht hatten, über Deutschland herzufallen, und die Maßnahmen des Reiches gegen Rußland, die Maßnahmen gegen Frankreich erklären sich vollauf als berechtigte Akte völkerrechtlicher Notwehr. Nun hat als Drittter im Bunde der Feinde sich England gemeldet. Das große Britenreich, das bei diesem Ringen auf dem Lande wahrhaftig keine Interessen zu vertreten hat, das große Britenreich, das man bis jetzt nur als den großen Kaufmann kannte, es hat, getrieben von dem Neid seiner Kapitalisten auf die Entwicklung der Wirtschaft Deutschlands und vielleicht auch verpflichtet durch von törichten Staatsmännern gemachte Verträge, dem Deutschen Reiche den Krieg erklärt. So stehen Feinde ringsum. Feinde im Osten, Feinde im Westen und Feinde zur See.

Will man die Lage erfassen und begreifen, so muß man an die Zeit denken, in der der alte Fritz seinen siebenjährigen Krieg führte. Auch damals hatten die Großstaaten Europas einen Bund geschlossen, um den aufstrebenden Staat im Zentrum Europas zu überwältigen und zu zerschmettern. Damals freilich fand England beiseite und man kann sogar zugestehen, daß England eine Zeit hindurch ein allerdings lauer Helfer des bedrängten preußischen Staates war. Was aber heute für das Deutsche Reich die feindlichen Angriffe der Russen, der Franzosen und der Briten zusammen bedeuten, dasselbe bedeutete damals für den alten Fritz der Reigen feindlicher Staaten, der seinen Untergang erzwingen wollte. Rußland und Frankreich, Oesterreich und Sachsen und die kleinen Reichsstaaten waren verschworen, dem aufstrebenden Staatsgebilde ein Ende zu machen. Friedrich II. wartete nicht ab, bis der Feind mit seinen Vorbereitungen fertig war. Mit jenem berühmten kühnen Zuge nach Sachsen eröffnete er den Krieg, der zu seiner Vernichtung geplant war, und der in Wirklichkeit die Grundlage zu der Größe seines Reiches gab. Wir wollen das Preußen des alten Fritz nicht verwechseln mit dem Deutschen Reich von heute. Wir wollen auch gar nicht vergessen, daß an die Stelle der absolutistischen Höfepolitik von damals die kapitalistische Freßpolitik von heute getreten ist. Wir wissen, daß in Deutschland auch nicht alles ohne Schuld und Fehle ist, und wir betrachten noch wie vor dieses wahnwitzige Völkerringen, das ganz Europa mit Blut überschwemmen muß, als ein Ergebnis des Kapitalismus und des aus ihm geborenen fluchwürdigen Imperialismus. **Aber jetzt in der Stunde der Gefahr,** in der drei der mächtigsten Staaten der Erde, der größte Beherrscher der See vereinigt stehen, um das Deutsche Reich zu zerschmettern, um die Barbarei in unsere Gefilde zu tragen, **da können wir nicht rechten um die Gründe und Ursachen, da können wir nur den Tatsachen ins Auge sehen,** die heute vorliegen und die Gefahren in Rechnung stellen, die heute das deutsche Volk und seinen österreichischen Bundesgenossen bedrohen.

Es ist kein Kämpfen mehr um diplomatische Interessen, es ist kein Kampf mehr zum Vorteil einer Kapitalistenfippe oder einer Junkerklasse. Jetzt haben wir den Kampf um die Erhaltung der politischen Selbständigkeit des deutschen Volkes. Die Herren in Paris, Petersburg und London haben jetzt den gewagten Schritt getan, der Europa in Barbarei werfen kann. Pflicht des gesamten deutschen Volkes ist es, unter diesen Umständen sich zu wehren. Die beste Gegenwehr ist der Angriff, und so müssen mit mit schwerem Herzen, aber mit ernstem Willen zugestehen: **Es ist berechtigt und es ist notwendig und es ist gut, wenn Deutschland sein Schwert zieht, wenn Deutschlands Söhne nun überall bereit stehen, um das Land ihrer Väter, das Fortbestehen ihres Volkes zu verteidigen. Entweder unterzehen, nachdem wir das letzte gewagt haben oder siegen und ganz Europa befreien, das ist nunmehr die Losung.**

Die deutsche Sozialdemokratie, welche seit Jahren vor dieser Katastrophe gewarnt hat, kann jede Mitschuld ablehnen an der traurigen Entwicklung, die nun mit den blutigen Kriegsanfangen ihre Folgen zieht. Die deutsche Sozialdemokratie steht schuldlos da. Sie hat den Frieden gewollt. Sie hat bis zur letzten Minute ihr Aeußerstes getan, um den Frieden zu wahren. Sie ist sich auch heute noch bewußt der Einheit mit den Arbeitern in allen Ländern der Erde. Aber nicht die Arbeiter in allen Ländern der Erde sind es, welche Krieg führen gegen Deutschland, sondern Vertreter von Klasseninteressen, die in den einzelnen Ländern regieren, gewissenlose Staatsmänner, denen Friede und Völkerglück noch nicht so viel wert ist, wie ein Hühnerei, und da gilt der Satz: Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.

Unter solchen Umständen tritt die deutsche Sozialdemokratie rücksichtslos auf die Seite der Regierung, an die Seite des übrigen Volkes. Wird das Schwert gezogen, so sind es vor allem die Arbeiter und ihre Massen, welche die Truppen stellen und welche mit Gut und Blut die Kämpfe auszufechten haben, die uns bevorstehen. Unter Umständen, bei denen es die Verteidigung der Existenz der Nation gilt, kennt auch die Sozialdemokratie nur die eine Pflicht, **durch Krieg zum Frieden zu bringen. So entlassen wir unsere Parteigenossen, die zu Millionen im deutschen Heere stehen, mit der Aufforderung, das Beste zu tun, was unter diesen Umständen getan werden kann, einzutreten für das deutsche Volkes Existenz, einzutreten für die Verteidigung des Reiches und mit aller Macht sich auf die Feinde zu werfen, welche den Frieden Europas zerstört haben, welche das Dasein des deutschen Volkes bedrohen und Europas Kultur in einem Blutmeer ersäufen wollen.**

Gäbe es eine höhere Gerechtigkeit im Getriebe der Welt, so wäre es selbstverständlich, daß in einem solchen Ringen das Deutsche Reich siegen müßte. Aber in der Politik und im Kriege da ist der Hergott nicht bei der Gerechtigkeit, sondern, wie einst der alte Fritz gesagt hat, bei den größten Bataillonen. Unter solchen Umständen dürfen wir nicht mehr anders rechnen als mit der Hoffnung, daß unser Schwert schärfer ist als das der anderen, daß unsere Mannschaften kräftiger sind, als die, welche Slaven und Franzosen gegen uns senden, und daß unsere Flotte imstande ist, trotz der des Rufes der beherrschenden Briten, das Möglichste zu leisten. **Hier muß man besonders auch rechnen mit der Erziehung und der Begeisterung, welche die deutsche Sozialdemokratie ihrem Nachwuchs seit Jahren gegeben hat.** So geht es denn hinaus nach Nord und Ost und West gegen den Feind. **Keine Parteistreit beiseite. Einigkeit im ganzen Volke und Entschlossenheit, einen Krieg zu führen, der jetzt geheiligt wird durch die Pflicht der Selbsterhaltung!**

Diesem Standpunkt entsprechend hat gestern die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag ihre Stellung genommen. Mag die deutsche Regierung in früheren Zeiten Fehler über Fehler gehäuft haben, die Darstellung des Reichskanzlers zeigt, daß sie in der letzten Zeit ehrlich und offen bemüht war, den Frieden zu sichern und Europa vor dem Schlimmsten zu bewahren. Daß sie aber, nachdem nun die ernste Stunde gekommen ist, nicht abwartet, bis der Feind von allen Seiten hereinbricht, daß sie nun die Massen ruft und mit der äußersten Energie und mit einer Mobilmachung antritt, welche die Welt noch niemals sah, das ist ihr Recht, ja das ist ihre Pflicht. Unter solchen Umständen stehen wir ihr zur Seite.

Gewiß haben wir auch jetzt unseren Standpunkt in anderer Weise begründet als viele andere, gewiß sind wir auch jetzt noch die Kulturmenschen, die Frieden und Freiheit wollen, aber wir begreifen, das sagt auch die Erklärung des Genossen Haase im Reichstage, die bittere Not, in die das deutsche Volkstum geraten ist und wir ziehen daraus die Folgerungen. Eine Partei, welche, wie die Sozialdemokratie, die Selbstbestimmung der Völker immer und überall gepredigt hat, kann natürlich nicht schweigen, wenn der Moskowiter und der Gallier und der geschäftskluge Brite zugleich sich verschwören, dem deutschen Volke seine selbständige Existenz zu nehmen, die Selbstbestimmung des deutschen Volkes mit frevler Waffengewalt niederzuschlagen. Hier gilt es kein Zaudern mehr. Hier gilt es nur einen festen Entschluß. Wir haben den Entschluß gefaßt, und so treten wir dem bedrohten deutschen Volkstum zur Seite. Nicht für einen Kaiser kämpfen wir, nicht für deutsche Fürsten kämpfen wir, nicht für Interessen einer Kaste oder Klasse, wir kämpfen für das gesamte deutsche Volk und für die Organisation seiner staatlichen Selbständigkeit. Mag diese Organisation manche Mängel haben, mögen wir Grund genug gehabt haben, immer und immer wieder anzuklagen und zu ringen, um das Reich vorwärts zu treiben zu einer freien Entwicklung, alle Unzufriedenheit, die wir besitzen, kann nicht gleichkommen der Empörung, die uns befeilt, wenn wir von allen Seiten die Staaten Europas gegen uns verschworen sehen, um unser Staatsgebilde zu zerstören, um uns die Freiheit ganz und gar zu nehmen und das deutsche Volk zu Sklaven seiner Nachbarn zu machen. Wir wollen die Freiheit, wir wollen die Wohlfahrt aller Menschen, aber wir haben zu bestimmen bei unserem Land, bei unserem Volke. Wer unsere Freiheit und unsere Wohlfahrt von außen bedroht, der hat nicht allein das deutsche Bürgertum, der hat in erster Linie die deutsche Arbeiterschaft zum Feinde. **Darum treten wir offen und rücksichtslos an die Seite der Regierung, offen und rücksichtslos an die Seite der Deutschen, die zu dieser Stunde bereit sind, des Volkes Güter zu verteidigen.**

* * *

Wirft man einen Blick auf die Weltlage, so ist die Sache für Deutschland sehr ernst. **Sehr ernst ist sie, aber nicht hoffnungslos.** Geld mag in den Reichen der anderen viel mehr eine Rolle spielen als bei uns. Der langüberlegte Plan mag ihnen zur Seite stehen. Aber was sie nicht haben, das ist ein Volk von dieser Einheitlichkeit, ein Volk von dieser nationalen Gleichheit und von dieser in der Stunde der Gefahr einigen Geschlossenheit. Was sie ferner nicht haben, das ist die Fähigkeit zur Disziplin, zum organischen Zusammenhalte, die den Deutschen beseelt, das ist die Mühigkeit unseres Jungvolkes und der glänzend arbeitende Apparat, dessen wir uns in Zeiten der Not bedienen, jetzt wo es das Ganze gilt. Dazu kommt die alles beseelende und alles begeisternde Empörung über den frevlen Rechtsbruch von rechts und links und die Treulosigkeit der stammverwandten Briten.

Unter diesen Umständen sehen wir der kommenden Zeit mit Ernst entgegen. Aber wir verzagen nicht, sondern **wir verlassen uns darauf, daß ein einiges deutsches Volk, in dem jeder ohne Unterschied der Partei entschlossen ist, alles zu leisten, was er vermag; Gut und Blut, Geist und Kraft, Geld und Habe, unüberwindlich dastehen wird.**

Wir werden Schlachten schlagen und gewinnen, wir werden Schlachten schlagen und verlieren. Wir werden Tausende von Leichen, Tausende von Verkrüppelten sehen. Aber der Mut, der dem Deutschen angeboren ist und die Begeisterung, welche das Gefühl erzeugt, auf allen Seiten der Niedertracht entgegenzustehen, wird uns über das Leid hinweghelfen, wird uns Niederlagen überwinden helfen. Sie werden uns zum Siege führen.

Die Schicksalsstunde Europas ist da. Wenn das Deutsche Reich untergehen sollte, so geht es unter in dem Blutmeer, in dem auch kein Rußland, kein Frankreich und kein England mehr wird bestehen können. Sein Niedergang wird sein der Niedergang der europäischen Kultur, die Vernichtung der europäischen Staatsorganisationen, eine finstere Nacht für Europa. **Wenn wir heute kämpfen, so kämpfen wir nicht allein für das deutsche Volk, wir kämpfen auch für die Zukunft Europas.** Siegt Deutschland, so kann es nicht mehr anders bestehen als ein Staat der Freiheit und der Demokratie, ein Staat, in dem alle, die Gleiches einsetzten, auch gleiche Rechte haben werden. Wie ein Phönix aus der Asche, so wird sich das deutsche Volk aus dem Weltenbrand erheben, als ein Bringer neuen Rechts, neuer Freiheit, als ein Träger der Kultur für ganz Europa.

Zieht das deutsche Volk heute in den Krieg, so weiß es, was es gilt. **Es gilt der Sklaverei Europas ein Ende zu machen, es gilt, den niederträchtigen Ränken der Diplomatie den Garaus zubereiten, es gilt, die Sklavenfesseln zu brechen, unter denen Europa bis heute seufzte.**

Noch wissen wir nicht, was die Stunde bringt, noch wissen wir nicht, was in wenigen Wochen sein wird. **Aber die Empörung, die uns alle erfaßte, als auch das britische Reich sich zu unseren Feinden gesellte, sie schlägt um zu flammender Begeisterung.** Jetzt weiß jeder, worum es sich handelt, jetzt weiß jeder, was es gilt. **Jetzt ist es kein Krieg, den wenn nur die Großen wissen, jetzt haben wir einen Krieg um die Existenz des freien Volkstums in Europa. In diesem Kriege das Höchste zu leisten, in der Gewißheit, daß sie das Höchste erreichen kann, ist auch die Arbeiterschaft Deutschlands vereint mit ihren Brüdern fest entschlossen.**

England erklärt Deutschland den Krieg.

Berlin, 5. August. Gestern abend kurz nach 7 Uhr erschien der englische Botschafter Goschen auf dem Auswärtigen Amt, um den Krieg zu erklären und seine Pässe zu fordern.

Berlin, 5. August. Gestern nachmittag, kurz nach der Rede des Reichskanzlers, erschien der großbritannische Botschafter im Reichs-

der Volks-Zeitung beweist, aber doch so effektiv, daß Adler weitere Jahre im Geiste der Rechtfertigung des Krieges als eines notwendigen Abwehrkrieges schreiben konnte. Freilich, Adler versäumt auch jetzt nicht zu erklären: *„Ein Krieg ist etwas Entsetzliches, und dieser Krieg... ist entsetzlicher als alles, was wir zuvor sahen und erlebten."* (VZ vom 14. August 1914) Und, man werde *„ohne Zögern die Kriegspflichten leisten, aber später desto lauter die Herrschenden an die nationalen Friedenspflichten erinnern"*. Adler war sich also seiner politischen Verantwortung gegenüber der Partei bewußt und gab ihr deutlichen Ausdruck. Die eigentliche und kritische Phase seiner Kriegspolitik – und die der Partei insgesamt – begann sicher erst, als immer deutlicher wurde, daß die Regierung des Deutschen Reiches zu ernstlichen Friedensbemühungen nicht willens und wohl auch nicht fähig war, sondern sich, im Gegenteil, den Vorstellungen der Alldeutschen von einem deutschen Expansivstaat hingab, die gewiß auch von strategischen Vorstellungen der Militärs gestützt wurden und parallel zu Absichten der Wirtschaftskreise liefen.

Die Kapitulation der deutschen Sozialdemokratie vor der eigenen Geschichte vollzog sich also erst später, als man zu schwach war, auch im Kriege die politischen Ziele der Partei weiter zu verfolgen. Der eigenen Geschichte entsprach in dieser Zeit nur noch der Vorstoß gegen die Eroberungspolitik Deutschlands. Die Partei blieb weiterhin bei ihrer Forderung nach einem Frieden ohne Annektionen und wirkte auch in diesem Sinne. Freilich, man war vor Ansteckung nicht gefeit. Einzelne Politiker, auch die Gewerkschaften, meinten, daß Deutschlands künftige Stellung in der Welt durch Annektionen unterbaut werden müßte. Und selbstverständlich waren auch Sozialisten in anderen Ländern zu Partnern von Annektionsgelüsten auf Kosten Deutschlands geworden. Man wird nicht ungefährdet zum Hüter der Nation.

Es stellte sich jedenfalls im weiteren Verlauf der Dinge heraus, daß man auch im Krieg, unter den Vorzeichen eines zweifelhaften Burgfriedens, nicht auf politische Tätigkeit verzichten konnte und daß diese sich auch mit den Veränderungen, die der Krieg mit sich brachte, gleichfalls veränderte. Im Prinzip mußte die Sozialdemokratie selbstverständlich bei der antiannexionistischen Politik bleiben, und sie tat es auch, ungeachtet einiger Außenseiter. Nur unter der Formel eines unveränderten Strebens nach baldigem Frieden ohne Annexionen war eine weitere Bewilligung der Kriegskredite zu vertreten. Dennoch schien man eine Ahnung davon zu haben, daß es nach einem Kriege von derartigen Ausmaßen unmöglich sein werde, die Dinge auf den Nullpunkt vom Sommer 1914 zurückdrehen. So ist gewiß auch jene Konferenz vom Januar 1916 zu verstehen, zu der deutsche und österreichische Sozialdemokraten sich auf Anregung Karl Renners zusammenfanden, um etwa die Möglichkeiten einer späteren Zollunion zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu erörtern. Man begriff, daß es notwendig sein werde, größere Wirtschaftsräume in Mitteleuropa zu bilden. Man dachte selbstverständlich an solche, die

nicht den Industriekartellen, Großagrariern, Dynastien und Militärs ausgeliefert sein sollten. Eine weitere Diskussion hierüber unterblieb zwar, aber jedenfalls war dies ein Projekt, mit dem die fatale Status-quo-Politik überwunden werden konnte. Darin zeigt sich wohl auch eine Wiederaufnahme von Vorstellungen, die schon seit Friedrich Engels dahin gingen, daß man jeden Krieg auf die Frage hin untersuchen müsse, ob er im Sinne der Ziele der internationalen Arbeiterklasse nützlich oder schädlich sei.

Freilich, das verwandelte sich in der Politik der deutschen Sozialdemokratie zu einem Brei aus Klasseninteresse, Vaterlandsliebe und Resignation angesichts ihrer offenbar gewordenen Ohnmacht. Bei Eduard Adler, seiner motorischen Denkweise gemäß, kommt freilich immer noch so etwas wie eine Zukunftsperspektive zustande, auch und gerade dann, wenn er sich zum Sprecher der Kriegspolitik machte. Er schreibt etwa am 7. August 1914 – und später in gleichem Sinne –:

„In der bürgerlichen Presse finden wir jetzt recht häufig Äußerungen der Überraschung und der Anerkennung über die Haltung der Sozialdemokratie. Man tut dort so, als ob die Sozialdemokratie ihren Standpunkt geändert habe . . . Wir wollen demgegenüber noch einmal betonen, daß das verkehrt ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist, was sie war, und wird bleiben, was sie ist . . . Sie war, ist und wird sein eine Partei der Arbeiterklasse, die Organisation aller Arbeiter, welche ihre Klassenlage erkannt haben und welche nach der Eroberung der politischen Macht streben . . .“

Danach folgt in dem Artikel dann wieder der Hinweis darauf, daß man gegen die russische Barbarei um die Existenz kämpfe. In diesem Zusammenhang projizierte er auch die Möglichkeit einer geheimen Allianz zwischen der herrschenden Schicht in Deutschland und derjenigen Rußlands: *„So wie 1848 Österreich den Zaren anrief, um mit seinen Kosaken den Freiheitskampf des damaligen Ungarn zu brechen“*, schreibt Adler in diesem Artikel vom 7. August, *„so hofften die reaktionären Schichten in Preußen immer darauf, die Arbeiterbewegung einmal mit Hilfe der Knute der Kosaken zu unterwerfen . . . Darum kam es, daß ein Bebel und Liebknecht vollständig bereit waren, bei einem Kriege gegen Rußland der Sozialdemokratie eine Teilnahme am Kriege zu empfehlen, und daher kommt es, daß die Sozialdemokratie von heute auch ohne Bebel und Liebknecht logisch gezwungen ist, bei einem Angriff Rußlands ihren Friedensstandpunkt zu verlassen und an seine Stelle den Kampf gegen Rußland zu setzen. Der Kampf gegen Rußland ist jetzt der Kampf um die Freiheit. Bricht der russische Staat zusammen, . . . so kann keine Regierung in Preußen und Deutschland mehr so rückschrittlich sein, wie es bisher der Fall war.“*

Die Ansprüche der Arbeiterschaft auf Teilhaberschaft am Staat wurden also auch im Zeichen der Bewilligung der Kriegskredite aufrecht erhalten, und da es im Frieden nicht gelungen war, die Führung des Reiches zur Einlösung des Versprechens auf gewisse Wahlrechte zu bewegen, mußte man die Erwartungen eben auf eine normative Kraft des Krieges setzen: Was der

Friede nicht gebracht hatte, sollte nun der Krieg mit seiner umstürzenden geschichtlichen Gewalt erzwingen. In diesem Sinne spielte in das Thema der Bewilligung der Kriegskredite deutlich der Anspruch der Arbeiterschaft auf mehr Rechte hinein. Diese Ansprüche hatte man nicht zu den Akten gelegt. Sie konnten zwar nach Lage der Dinge bei Kriegsausbruch nicht zum Gegenstand eines Tauschgeschäftes zwischen Reichsführung und Arbeiterbewegung gemacht werden, denn das war als Möglichkeit in dem politischen Waffenstillstand nicht enthalten. Die Sozialdemokratie saß am kürzeren Hebel, angesichts einer mit dem Krieg ausgebrochenen Massenhysterie und der Tatsache, daß wirksame Machtmittel sich nur in der Hand der Staatsführung befanden.

Das konnte über den weiteren Gang der Dinge freilich nicht hinwegtäuschen. Die Entwicklung zu einem Staatswesen mit gleichen Rechten für alle Staatsbürger entsprach einem nach Auffassung der Sozialdemokraten geschichtlichen Zwang. Das politische Vollzugsorgan konnte nur noch die Arbeiterbewegung sein, da es das deutsche Bürgertum nicht war.

Die Forderungen der Sozialdemokratie und auch ihre Erwartungen waren gewiß nicht aus der Luft gegriffen. Es schien doch so, daß man in der Spitze des Reiches unter politischem Druck die Notwendigkeit weiterer politischer Rechte begreifen lernte. – Um dann freilich doch wieder in die Illusion einer Fortschreibung junkerlich-absolutistischer Staatsmethoden zurückfallen. Eduard Adler hatte alle Ursache, Anfang 1914 Sätze aus der Thronrede des Kaisers vom Jahre 1908 in die Erinnerung zu rufen. Am 20. Oktober 1908 hatte Wilhelm II. im Preußischen Landtag erklärt:

„Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses, sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortungsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart."

In der VZ vom 9. Januar 1914 aber mußte Adler feststellen, daß in der Thronrede des Kaisers vom 8. Januar 1914 darüber kein Wort mehr stehe:

„Die preußische Monarchie ignoriert den Willen von drei Viertel oder neun Zehntel des preußischen Volkes. Sie richtet sich ausschließlich nach den Wünschen der Junkerklasse, die keine Wahlreform will."

Es war auch gewiß kein Versehen, wenn die Wahlrechtsreform in der Thronrede als Leertitel erschien, es war vielmehr eine deutliche Wende zur Stabilisierung der Reaktion. Das geht u. a. aus einer Äußerung Bethmann-Hollwegs zu diesem Thema hervor, die in der VZ vom 12. Januar 1914 wiedergegeben wurde. Danach hatte Bethmann-Hollweg in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident (das war er in Personalunion mit der Reichskanzlerschaft) am 10. Januar 1914 in der Sitzung des Herrenhauses des Preußischen Landtages zur Frage der parlamentarischen Verhältnisse gesagt:

„Der fortschrittliche Liberalismus will bekanntlich das Pro-

blem dadurch lösen, daß er die parlamentarischen Zustände in Preußen und im Reiche gleichmachen will. Das ist ein absolut ungangbarer Weg."

Dies also waren die Vorstellungen in der Reichsführung, unter denen der Schritt in den Krieg und den sogenannten Burgfrieden vollzogen wurde.

Eduard Adler wird demgemäß in der Einschätzung der künftigen politischen Absichten der Staatsführung weder optimistisch noch gutgläubig gewesen sein. Er mag freilich darauf vertraut haben, daß der Krieg erzwingen werde, was im Frieden nicht zugestanden worden war, nämlich politisch-parlamentarische Verhältnisse, wie sie in fortgeschritteneren europäischen Staaten längst selbstverständlich waren. Schließlich, auf was sonst sollte man noch setzen, wenn man sich gezwungen sah, dem Krieg seinen politischen Kredit mit auf den Weg zu geben?

Im Rückblick mag man dennoch Zweifel hegen, ob in einem siegreichen Deutschland die Junkerklasse, die Militärkaste und die Wirtschaftsmächte sich nicht doch in allem bestätigt gefunden hätten, was die eigene Position stärkte und die Arbeiterbewegung schwächte. Und im besiegten Deutschland? Nun, da sammelten sich sehr bald alle Kräfte der Reaktion unter dem Zeichen der Dolchstoßlüge und der Schuldzuweisung für eine verfehlte Kriegspolitik an diejenigen, die den Konkurs des Reiches abzuwickeln hatten.

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, welche Vorstellungen, welche Hoffnungen und Besorgnisse Eduard Adler hegte, während er in der Gegenwart des Krieges schrieb. Untergründig dürfte ihn mancherlei bewegt haben, was unausgesprochen blieb. Vordergründig hielt er es für erforderlich, dem Krieg und seinen Trägern zu sekundieren. Nach dem weiteren Verlauf der Dinge ergibt sich da gewiß eher Stoff zu abgrundtiefer Erschütterung. Wenn er hiervon betroffen gewesen sein sollte, hat er sich dennoch in der Pflicht eines verantwortungsbewußten Staatsbürgers und Politikers gefühlt, in der Gemeindepolitik, als Beauftragter für die Grenzauseinandersetzung 1920, als Landrat und Berater für eine Politik des Grenzfriedens zwischen Deutschland und Dänemark.

Eduard Adlers Lebensweg

Ich wollte mit der Studie über Adlers politisch-journalistische Tätigkeit während der ersten Hälfte des Jahres 1914 auf Eduard Adler aufmerksam machen, in der Erwartung, daß sich einmal Fachwissenschaftler des Themas bemächtigen. Ich halte das für notwendig, denn es gibt im Raum Schleswig-Holstein gewiß nicht viele Persönlichkeiten von dem poltitischen und geistigen Rang und zugleich der politischen Wirksamkeit Eduard Adlers. Es dürften Adler und Legien gewesen sein, die von der Jahrhundertwende an das Bild der hiesigen Arbeiterbewegung in erster Linie geprägt haben.

Angesichts dessen habe ich mich um eine Rekonstruktion des Lebensweges von Eduard Adler bemüht. Auch hierfür kann ich nur Vorarbeit leisten, denn es war mir nicht möglich, einige wesentliche Umstände zu klären. Adler hat seine Her-

kunft und seinen Bildungsweg über das hinaus, was in mehreren Zusammenhängen von der Sache her erforderlich war, nicht mitgeteilt. Andererseits hat man sich bisher auch nicht in den Kreisen der hiesigen Arbeiterbewegung um eine biographische Darstellung bemüht. Dennoch meine ich ein lebhaftes Interesse an dieser Persönlichkeit feststellen zu können; vielleicht im Zuge einer allgemein gesteigerten Bereitschaft, sich der Geschichte auch in regionalen Zusammenhängen zuzuwenden. Deshalb unternehme ich es hier, Adlers Lebensumstände wenigstens in groben Umrissen zu schildern. Viel mehr als sein aus amtlichen Erfordernissen selbstverfaßter Lebenslauf aus 1920 stand hierfür nicht zur Verfügung. Einiges Material ergibt sich auch aus seiner Tätigkeit in der Kieler Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Adler ist, wie so manche führende Persönlichkeiten der damaligen Sozialdemokratie, offenbar aus dem Gefühl gesellschaftlicher Zurücksetzung infolge seiner jüdischen Herkunft zur Arbeiterbewegung gekommen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß er recht gerne die Offizierslaufbahn in der Preußischen Armee eingeschlagen hätte, daß ihm dies jedoch nicht möglich war. Ein Jude hatte nicht viele Chancen, einen solchen Beruf zu ergreifen. Es blieb dabei, daß er es in seiner Militärzeit als Einjährig-Freiwilliger im 3. Garderegiment zu Fuß bis zum Gefreiten gebracht hatte. Möglich, daß seine Neigung zum Soldatenberuf und zu turnerischer Leibesübung auf seine politische Haltung während des Ersten Weltkrieges eingewirkt hat.

Gesichert ist jedenfalls seine Herkunft aus dem Bürgertum. Seine Eltern waren der Kaufmann Otto Adler und dessen Frau Helene, geborene Herz. Es ist nicht geklärt, ob seine Eltern der Jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben; er selber bezeichnete sich als konfessionslos. Das mag eher aus der in der damaligen Arbeiterbewegung üblichen Abneigung gegen Glaubensbekenntnisse und kirchliche Bindung datieren als aus einer familiären Situation. Eduard Adler wurde am 20. April 1861 in Berlin geboren, also lange Zeit vor der Gründung des Deutschen Reiches, ebenso auch vor der Annektion Schleswig-Holsteins durch Preußen. Da hatte das Leben in Berlin noch einen insgesamt bescheideneren Zuschnitt als in späteren Zeiten. Wenn es mit einer militärischen Laufbahn nichts werden konnte, so standen dem jungen Menschen sonst doch wohl alle Wege offen, als er Ende September 1879 das Luisenstädtische Gymnasium in Berlin verließ. Er besuchte nach Ableistung des Militärdienstes die Berliner Universität und belegte die Fächer Naturwissenschaften, Philosophie, neuere Sprachen, Statistik, Nationalökonomie und Rechtswissenschaft. Nach dem Studium wurde er – unbekannt, aus welchen Überlegungen – Journalist. Er war von 1884 an als Redakteur tätig, zunächst an verschiedenen bürgerlichen Provinzblättern. Wie er den Weg zur Sozialdemokratie fand, habe ich nicht ermitteln können, jedoch kam er schon vor der Jahrhundertwende nach Schleswig-Holstein und trat hier in die Redaktion der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel ein. Zugleich begann auch seine umfangreiche parteipolitische Tätigkeit in dieser Provinz.

Ob er sogleich Chefredakteur der Zeitung war, ist nicht festzustellen, jedoch ist das wahrscheinlich, da sich diese kleine Zeitung mehr als einen politischen Redakteur kaum leisten konnte und für ihn ein anderes Ressort als ein politisches nicht denkbar ist.

Politisch tätig wurde Adler im weitesten Sinne des Wortes. So ehrt man in ihm noch bis heute den Organisator der Arbeiter-Turn- und Sportvereine in Kiel; die „Freie Turnerschaft Adler" ist nach ihm benannt worden und hat diesen Namen nach der Verbotszeit wieder angenommen. Adlers wesentliche Leistung war der organisatorische Zusammenschluß dieser Vereine, in dessen Folge 25 Abteilungen mit 2893 Mitgliedern entstanden. Im Zusammenhang hiermit wurde Adler auch Stadtverordneter der SPD im Kieler Rathaus. In dieser Eigenschaft gelang ihm zusammen mit dem Vorsitzenden der Kieler Jugendspielvereine, Prof. Peters, der einstimmig gefaßte Beschluß der Kieler Stadtkollegien zur Schaffung des Städtischen Sport- und Spielplatzes an der Eckernförder Straße (jetzt Nordmark-Sportfeld). Adler war jedoch nicht nur Organisator auf diesem Gebiet, sondern auch Praktiker des Turnbetriebes. Er wurde Oberturnwart seines Turnvereins, und zwar aus den besonderen Bedingungen der Arbeiterfeindlichkeit des Preußenstaates. Das Anwachsen des Arbeitersportes wurde mit größter Besorgnis gesehen. Man unternahm allerlei, um der Arbeiterbewegung auch auf diesem Sektor das Leben zu erschweren. So verbot man generell Turnübungen von Schülern, wenn nicht ein staatlich geprüfter Turnlehrer die Leitung hatte – eine Bedingung also, die in Arbeitersportvereinen kaum zu erfüllen war. Da aber zeigte sich, daß Eduard Adler bereits in Berlin seine akademische Turnlehrerprüfung bestanden hatte, so daß ihm nicht verwehrt werden konnte, den Turnunterricht in diesen Vereinen zu leiten.

Auch in diesem Zusammenhang mag man Adlers Kriegspolitik nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges sehen. Er gründete nämlich eine Organisation zur Wehr-Ertüchtigung junger Arbeiter – eine Gründung, die von den Trägern der Staatsgewalt gewiß nicht ungern gesehen, in der Arbeiterbewegung hingegen mit Ärger registriert und Kritik bedacht wurde. Adler dachte selbstverständlich besonders an junge Menschen aus der Arbeiterjugend und der Arbeitersportbewegung. Dazu erläuterte mir im Jahr 1977 Hans Völcker (der schon vor dem Ersten Weltkrieg der Sozialistischen Arbeiterjugend in Kiel angehörte), daß die meisten Mitglieder der Arbeiterjugend hierfür keine Neigung hatten. Man begriff zwar, daß die Sozialdemokratie sich unter dem Druck der Ereignisse zur Bewilligung der Kriegskredite entschloß, aber eigene militärische Aktivitäten – so Hans Völcker – seien ihnen doch zu weit gegangen. Freilich habe Adler als wesentlichen Grund für die Schaffung dieser Jugendwehr angegeben, daß es notwendig sei, die jungen Menschen auf die Bedingungen und Gefahren des Frontkrieges vorzubereiten, damit sie nicht sogleich das Opfer von Unerfahrenheit würden. Das sah man zwar ein, wollte aber dennoch nicht mitmachen. Die jungen Menschen aus der

Arbeiterschicht blieben skeptisch gegenüber allem, was mit Monarchie und Militär zu tun hatte. Zwar genoß Eduard Adler weiterhin Ansehen, aber nach allem, was man weiß, hat kaum einer aus der Kieler Arbeiterjugend – der Organisation – nationale Begeisterung aufgebracht, als es hieß, in die Kasernen und an die Front zu gehen.

Im Rahmen der Kieler Parteiorganisation äußerte sich die Skepsis gegenüber der Haltung Adlers nach Ausbruch des Krieges sichtbar mit dem Rücktritt des Vorsitzenden der Pressekommission der SPD im Bezirk Schleswig-Holstein, Hermann Adam. Die Pressekommission war das geschäftliche und politische Aufsichtsorgan der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung. Sie setzte den Geschäftsführer, den Chefredakteur und die Redakteure ein. In den Sitzungen dieser Kommission wurde auch über die politische Haltung der Zeitung verhandelt. Adler fühlte sich in seiner Auffassung während des Krieges offenbar vom Parteivorstand in Berlin gedeckt; vermutlich auch von einer Mehrheit der Partei in Schleswig-Holstein. Mindestens akzeptierte man die Zwangslage, in der sich die Partei mit Ausbruch des Krieges befand. Hermann Adam jedoch verweigerte sich dieser Politik, und er trat aus diesem Grunde – wie mir der Sohn Dr. Hans Adam aus familiärer Kenntnis versichert – von Vorsitz und Mitgliedschaft in der Pressekommission zurück. Daß Adlers Einstellung der Grund hierfür war, läßt sich auch unschwer aus der Tatsache der Rückkehr Adams in dieses Amt schließen, die 1917 erfolgte, nachdem Adler aus der Chefredaktion ausschied. Als Grund für das Ausscheiden wurde ein Augenleiden Adlers angegeben. Da Adler jedoch auch später ein enormes Pensum an politischer Arbeit leistete, wird man Zweifel an der Begründung haben dürfen. Der wahre Grund war eben doch, daß die überwiegende Mehrheit der Partei in Schleswig-Holstein längst Abneigung gegen weitere Bewilligung der Kriegskredite hegte, nachdem sich deutlich erwiesen hatte, daß die Kriegsziele der Regierung über eine Politik der Verteidigung hinausgingen. Adler hielt jedoch an der Auffassung fest, daß der Krieg auch weiterhin nationale Solidarität erfordere.

In dieser Phase nicht überbrückbarer Gegensätze war es allerdings von nicht geringer Bedeutung, daß die Partei in Schleswig-Holstein keineswegs radikal mit Eduard Adler brach. Er war weiterhin im Namen der Partei in den Kollegien der Stadt Kiel führend tätig, insbesondere als Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher. Man wußte, daß es keinen anderen von so starker organisatorischer und rednerischer Begabung wie ihn gab. Sicher wirkte hier auch die Einsicht hinein, daß die Partei insgesamt in ein politisches Dilemma geraten war, angesichts dessen so viel an persönlicher Vertrauenssubstanz erhalten bleiben sollte wie nur irgendwie vertretbar.

Allerdings vernimmt man nichts über die Meinung Adlers zum Ausbruch der Revolution am 9. November 1918 in Kiel. Vielleicht galt für ihn bis zum letzten Tage des Krieges die in den Erinnerungen des Architekten Ernst Prinz enthaltene Äußerung, daß der Chefredakteur der VZ bürgerlich geson-

nene Kreise an nationaler Zuverlässigkeit übertreffe. Prinz war häufig Adlers Tischnachbar beim Mittagsmahl in einem Lokal an der heutigen Legienstraße – also in der Nähe der Wohnung Adlers am Lessingplatz. Adlers Nachfolger als Chefredakteur, Bernhardt Rausch, feierte die Novemberrevolution als einen Akt der Befreiung von Krieg und staatlicher Unterdrückungspolitik. Rausch hatte als Frontoffizier gedient. Später trat er in Berlin Noske zur Seite, als dieser den – vergeblichen – Versuch unternahm, die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der Weimarer Republik zu formen.

Adler jedenfalls trat erst wieder in den Vordergrund des politischen Geschehens, als für März 1920 von den Siegermächten eine Abstimmung über die Frage der künftigen Zugehörigkeit nördlicher Teile Schleswigs zu Deutschland bzw. Dänemark angesetzt worden war. Die deutsche Sozialdemokratie setzte sich selbstredend für das Verbleiben ganz Schleswigs bei Deutschland ein, akzeptierte jedoch eine Volksabstimmung in dem umstrittenen Gebiet. Von deutscher sowohl wie von dänischer Seite wurden Propagandaapparate aufgezogen, die es vorher nicht gab. Präsent waren freilich bürgerlich eingestellte Heimatvereine und andere Vereinigungen regionalen Charakters, die ihrer Tradition nach eher preußisch-schleswig-holsteinisch und monarchisch eingestellt waren als fortschrittlich und republikanisch. Eine Bereitschaft von Arbeiterschichten, sich für die deutsche Sache zu entscheiden, konnte in erster Linie durch die Sozialdemokraten gestärkt werden. So entschloß sich die Reichsregierung, für die bevorstehende Abstimmung eine Organisation zu schaffen, die in der Lage war, auch auf die Entscheidung von Arbeiterschichten Einfluß zu nehmen. Eine Organisation freilich, die alle deutschen Kräfte im Grenzland mobilisieren sollte. Diese von der Preußenregierung gegründete Organisation nannte sich „Deutscher Schutzbund für Nord-Schleswig". Sie sollte ihren Sitz in Schleswig haben, obgleich in Flensburg bereits der Staatskommissar Koester in Grenzangelegenheiten tätig war. In Schleswig war aber schon vorher Eduard Adler Beigeordneter des Regierungspräsidenten, so, wie er nach der Revolution Beigeordneter des Kieler Oberbürgermeisters war – beides Ämter, die in erster Linie der Kontrolle dieser Persönlichkeiten diente, die man entweder nicht absetzen konnte oder wollte. Jedenfalls muß man es als notwendig empfunden haben, die amtliche Tätigkeit im Sinne der Ansprüche des neuen Staates unter Kontrolle zu halten.

Da nun Eduard Adler sich – auch während des Krieges im Dienste von Versorgungsaufgaben – als Organisatior bewährt hatte, sah man in ihm nun die geeignete Persönlichkeit für die Organisation der deutschen Grenzbemühungen. Adler galt ohnehin als in Fragen des deutsch-dänischen Grenzlandes kompetent. Man hatte bereits 1918, nach dem Kriegsende, seinen Rat eingeholt, da er vor dem Krieg häufiger im nördlichen Schleswig als Redner der SPD aufgetreten, der dänischen Sprache mächtig und gegen die sogenannte Koellerpolitik der Preußenregierung eingestellt war. (Man kann Näheres bei August Rathmann „Ein Arbeiterleben" nachlesen). Adler

schuf mit dem Schutzbund eine arbeitsfähige Organisation, die sich auf einen leistungsstarken Verteilerapparat für Propagandamaterial stützte. Aus den Kreisen der Kieler Sozialistischen Arbeiterjugend holte er als Mitarbeiter Karl Meitmann, August Rathmann und Hermann Brennecke heran, von denen Meitmann freilich in Flensburg bei dem Staatskommissar Koester tätig wurde.

Selbstverständlich hat Eduard Adler im Rahmen dieser Tätigkeit auch sein nationales Engagement wieder aktiviert – hier jedoch im Einvernehmen mit allen Kreisen seiner Partei, auch derjenigen, die sich gegen seine politische Haltung während des Krieges gestellt hatten. Das Selbstbestimmungsrecht wurde in der Partei generell anerkannt. Es bliebe im Zusammenhang mit der Abstimmung über die deutsch-dänische Grenze allerdings noch zu untersuchen, inwieweit Adlers Engagement einer klaren historisch-politischen Vorstellung folgte oder eher spontan war. Jedenfalls war es nicht losgelöst von der gewachsenen Einstellung der deutschen Sozialdemokratie. Gerhard Beier geht auf dies Thema in einer Darstellung „Über den Zusammenhang von Nationalitätenkampf und Klassenkonflikt im Grenzland Schleswig" ein („Die Heimat" 3/1977). Er betont, daß Marx und Engels das Nationalitätenprinzip *„in seiner individuellnaturrechtlichen Begründung theoretisch"* abgelehnt und ihm *„das funktionale Nationalitätenprinzip"* entgegengesetzt haben, *„zielgerichtet auf die Befreiung von Herrschaft und Garantie einer künftigen herrschaftsfreien Gesellschaftsform."* Schon Wilhelm Liebknecht habe in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts bei der Formulierung einer sozialistischen Politik für Schleswig-Holstein mitgewirkt und in seiner Partei das Verhalten der Schleswig-Holsteiner gesteuert. Gerhard Beier zieht demgemäß eine Linie von Wilhelm Liebknecht bis zur sozialdemokratischen Grenzlandpolitik 1920. Er schreibt hierzu: *„Zweifellos war der Kieler VZ-Redakteur Eduard Adler von Liebknecht beeinflußt, als er in der Grenzfrage eine Politik artikulierte, die mit der Resolution des Flensburger Bezirksparteitages wie eine konsequente Anwendung des funktionalen Nationalitätenprinzips marxistischer Provenienz aussieht."*

Die Richtlinie mag damit 1920 für Adler – und Koester – gegeben worden sein, die organisatiorische Durchführung aber erweist Adler als Politiker von hohen Graden in der Verwirklichung einer Idee. Ihm war ohnehin klar, daß die Behandlung der Grenzlandfrage auf lange Sicht gebunden war an die Lösung sozialer und allgemein gesellschaftlicher Probleme. In diesem Sinne konnten insbesondere große Teile der Flensburger Arbeiterschaft für ein deutsches Votum gewonnen werden. Die spätere Enttäuschung dieser Kreise der Flensburger Bevölkerung infolge des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und der Auslieferung des Staates an Hitler, spielt ja noch in die nach 1945 erfolgte Gründung einer nunmehr dänisch orientierten örtlichen Sozialdemokratischen Partei hinein.

Die Abstimmung in der ersten Zone (auf die in der zweiten Zone verzichtete man) fiel zeitlich zusammen mit dem Kapp-

Putsch, dem mit einem Generalstreik begegnet wurde. Auch hier muß die Fähigkeit Adlers zu schnellem Handeln vermerkt werden: Er konnte die hiesigen Organisatoren des Generalstreiks dazu bewegen, wenigstens die Züge mit den zur Abstimmung herbeigereisten Nordschleswigern weiterfahren zu lassen. Er schaltete sich auch in die Bemühungen ein, den Putschisten in Schleswig entgegenzutreten. Er ging in das Schloß Gottorf, um den Kommandeur der dort stationierten Husaren vom militärischen Einsatz für die Kapp-Putschisten abzuhalten – freilich vergeblich. Er wurde im Schloß festgehalten und dann befreit, als Karl Meitmann die militärische Abriegelung des Schlosses mit Hilfe von Arbeiterwehr und Rendsburger Artilleristen organisiert hatte und ein Ausfall der Husaren mißlungen war.[5] Nach der Grenzabstimmung war der Auftrag Adlers beendet, jedoch wurde er in der Folge der Putschereignisse mit einer neuen Aufgabe betraut: Er wurde Landrat des Kreises Eckernförde, nachdem die Preußische Regierung den dort amtierenden Landrat wegen Kollaboration mit den Putschisten abgesetzt hatte. Aus den im Landesarchiv in Schleswig befindlichen Akten des ehemaligen Landratsamtes Eckernförde läßt sich Adlers Tätigkeit als Landrat ablesen. Adler sollte das Amt am 1. Juli 1920 antreten, in der Nachfolge des fristlos abberufenen Landrats v. Schröder, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war, weil er *„in seiner Beamteneigenschaft an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt gewesen ist"*, wie der Aktionsausschuß beim Regierungspräsidenten am 21. April 1920 formuliert hatte.

[5] laut Auskunft von August Rathmann.

Eduard Adler stieß jedoch in Eckernförde auf offenbar unerwartete Schwierigkeiten. Die „Eckernförder Zeitung" berichtete hierüber in der Ausgabe vom 21. Juni 1920. Sie schrieb, das Vorhaben der Provinzialbehörde, das Landratsamt ohne jede Fühlungnahme mit der berufenen Kreisvertretung *„alsbald kommissarisch zu besetzen"*, stoße hier auf entschiedenen Widerstand. *„Sicherem Vernehmen nach"* – so heißt es weiter – *„wird beabsichtigt, Herrn Redakteur Adler aus Schleswig als kommisarischen Landrat für den Kreis Eckernförde zu bestellen"*. Der Kreisausschuß erhebe dagegen schärfsten Einspruch und werde jede Zusammenarbeit mit Herrn Adler einmütig ablehnen.

Einmütig, das bedeutete, auch die Sozialdemokraten lehnten die Zusammenarbeit mit Adler ab. Die Ablehnung jedoch dürfte im Kreisausschuß auf unterschiedlichen Motiven beruht haben. Für manche Kreisvertreter der bürgerlichen Parteien wird mindestens teilweise Ärger über die Absetzung Schröders mitgespielt haben. Es ist anzunehmen, daß manche von ihnen Schröders Verhalten während des Kapp-Putsches eher billigten als ablehnten. Mindestens werden Kreisvertreter der bürgerlichen Seite Schröders Darstellung akzeptiert haben, daß er Kontakt mit den Putschisten lediglich im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufgenommen habe. Im Putsch selbst lag offenbar keine Störung von Ruhe und Ordnung.

Die Vertreter der Arbeiterparteien im Kreisausschuß haben

selbstredend gewußt, daß Schröder im Falle des Obsiegens der Putschisten unter Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Unterdrückung der Arbeiterparteien verstanden hätte. Sie hatten also andere Gründe als die hinter einem Interesse an demokratischen Formen verborgenen wirklichen Motive mancher bürgerlicher Vertreter. Den Mitgliedern der Arbeiterparteien schmeckte nicht, daß man nicht einmal den Versuch einer vorhergehenden Fühlungnahme mit ihnen gemacht hatte. Das ging gegen ihr Verständnis von Demokratie. Auch auf der bürgerlichen Seite wird man unter den gegebenen Umständen mehr einem demokratischen Vorgehen in dieser Sache zugeneigt gewesen sein als dieser Ernennung nach königlich preußischem Muster.

Nun war zwar in der wilhelminischen Zeit Preußens der Landrat ein von oben ernannter königlicher Beamter und keineswegs ein Repräsentant der Bevölkerung. Aber gerade in dieser Hinsicht erwartete man von dem neuen, dem republikanischen Staat, daß er den alten Zopf, die reaktionäre Hierarchie, beseitige und aus dem königlichen Landrat den von der Bevölkerung bzw. ihren gewählten Vertretern getragenen Repräsentanten des Kreises mache. Und nun dies, die – wenn auch kommissarische – Besetzung von oben her, ohne Fühlungnahme! Da protestierte auch der Kreisdeputierte Ringer, ein Sozialdemokrat wie Adler, und teilte mit, daß der Kreisausschuß beschlossen habe, *„nicht mit dem neuernannten kommissarischen Landrat zu arbeiten"*.

Eduard Adler, der am 1. Juli 1920 seinen Dienst antreten wollte, wurde von dieser Haltung des Kreisausschusses überrascht. Er erklärte vor dem Kreisausschuß, daß er die Vorgänge bedauere und die Beweggründe verstehe, aber zunächst den Auftrag der Regierung ausführen müsse; – indessen, wenn die Fühlungnahme mit der Bevölkerung und die Aussprache mit dem Kreisausschuß zu keinem anderen Ergebnis führe, werde er seiner vorgesetzten Behörde anheimstellen, den Konflikt dadurch zu lösen, daß er, Adler, anderweit verwendet werde.

Um die Meinung des Kreisausschusses zu unterbauen, wurde am 4. Juli 1920 auf dem Eckernförder Rathausplatz eine nach den Angaben der Polizei von etwa 120 bis 150 Personen besuchte Protestversammlung veranstaltet. Der Stadtverordnetenvorsteher und Gewerkschaftssekretär Jürgensen (später auch sozialdemokratischer Abgeordneter im Preußischen Landtag) hielt von der Rathaustreppe eine Ansprache, in der er die Ernennung Adlers als einen *„Willkürakt der Regierung"* bezeichnete; man wolle einen von der Bevölkerung gewählten Landrat.

Vorausgegangen war jedoch am 1. Juli die Übernahme der Amtsgeschäfte durch Adler, der am 2. Juli seiner vorgesetzten Dienststelle berichtete, daß er eine Besprechung mit dem protestierenden Teil der Bevölkerung gehabt habe. Ihm sei mitgeteilt worden, daß die Arbeiterschaft *„und zwar alle drei Parteien* (also SPD, USPD und KPD. V. R.) *und das Gewerkschaftskartell schweren Anstoß"* an seiner Ernennung genom-

men habe. Er habe den Eindruck, daß Arbeiterkreise den Kreisdeputierten Ringer als Landrat wünschten. Er bitte deshalb um Urlaub und um Klärung der Angelegenheit.

Die vorgesetzte Behörde verharrte dann doch auf ihrem Standpunkt des Ernennungsrechtes. Adler trat seinen Dienst an, prüfte offenbar die Verhältnisse im Landratsamt und gab seinen wohl ersten Bericht an den Regierungspräsidenten in Schleswig am 19. August 1920, in dem es heißt, er habe den Kreis im Zustand *„unglaublicher Finanzwirtschaft übernommen"* und vor allem erstmal die Zahl der Angestellten reduziert.

Adler hat dann im weiteren Verlauf der Dinge die Kreisdeputierten wohl von seiner Qualifikation überzeugen können. Jedenfalls gab die linke Seite im Kreisausschuß ihren Widerstand auf, als es ein Jahr später um die Entscheidung für eine endgültige Besetzung der Landratsstelle ging. Am 26. Juli 1921 heißt es darüber in der „Eckernförder Zeitung", Adler sei mit 12 gegen 11 Stimmen für die endgültige Besetzung vorgeschlagen worden. Die Zeitung fügte hinzu, daß die sozialistischen Parteien *„eine schwache, aber sichere Mehrheit"* hätten.

Es lag selbstverständlich nahe, daß die Vertreter der rechten Parteien bei ihrem ablehnenden Standpunkt blieben, wenn nicht aus prinzipiellen, dann aus parteipolitischen Gründen, nachdem sich mit dem Vorschlagsrecht auch die entsprechenden parteipolitischen Ansprüche verbanden. Andererseits hatten die gewählten Vertreter des Kreises gewiß auch die Möglichkeit, Adlers Fähigkeiten zu erkennen. In den Akten freilich, wie es ja üblich ist, steht weniger über Leistungen als über Auseinandersetzungen wegen der Dienstbezüge usw., auch über Querelen verschiedener Art, die Belanglosigkeiten zum Gegenstand haben. Die laufende Geldentwertung spielt mit den Auseinandersetzungen über Ansprüche und Aufwendungen eine beträchtliche Rolle. Über seine finanziellen und persönlichen Verhältnisse heißt es in einer Eintragung vom 22. Februar 1924 an den Regierungspräsidenten, er sei verpflichtet, seinen Sohn (Adoptivsohn namens Hermann, d. Verf.), der Beamtenanwärter und in der Ausbildung sei, zu unterhalten, dazu die *„Schwiegertochter, die mir den Hausstand führt"*. Er habe geglaubt, früher ein kleines Vermögen zu besitzen, habe es aber durch die Geldentwertung restlos verloren.

Adler wurde als Beamter im Alter von 65 Jahren am 1. Oktober 1926 in den Ruhestand versetzt. Erst mit diesem Vorgang erfährt man etwas Näheres über seine Tätigkeit im Kreise während der sechs Landratsjahre, und zwar wiederum aus der „Eckernförder Zeitung", die gewiß politisch eher dem Bürgertum als der Arbeiterschaft nahestand. Diese Zeitung schreibt aus Anlaß seiner Pensionierung, Adler habe die Mitarbeit beider Lager gewonnen. Sie verwies auf verschiedene besondere Leistungen wie auf seine Förderung der Brückenbauten bei Lindaunis und in Kappeln. Es müsse ihm *„hoch angerechnet werden, daß er mit weißer Weste geht. Er beanspruchte für sich persönlich nichts"*, er zeigte sich *„als einer der seltenen Men-*

schen, die sich für eine Idee aufopfern", er sei im Kreise zwar fremd geblieben, aber . . .

Fremd geblieben, das mag sich, von Sonstigem abgesehen, auch auf die Tatsache erstrecken, daß für Adler der politische Raum mit den Pflichten eines Landrats wohl zu klein abgesteckt war. Er überschritt diese Grenzen auch, ohne daß im Kreis darüber viel bekannt wurde. Adler wurde von der Preußischen und der Reichsregierung in Berlin zu Besprechungen über Fragen der Grenzlandpolitik gegenüber Dänemark nach Berlin gebeten. Besprechungen dieser Art fanden mehrfach 1921 und 1922 statt. Am 24. und 25. Januar 1922 sprach er in Berlin mit Maltzahn und dem Gesandten Rosenberg über nordschleswigsche Fragen. Am 22. Oktober 1921 hatte er an den Regierungspräsidenten berichtet, er werde sich zur Teilnahme an den Verhandlungen der Deutschen Delegation auf einige Tage nach Kopenhagen begeben; die Abreise erfolge am 25. November über Berlin, *„wo Vorverhandlungen erforderlich sind"*. Vorher hatte der Minister des Innern ihn für den 24. September 1921 nach Berlin gebeten, zu Besprechungen über die *„Zweckmäßigkeit und eventuellen Inhalt eines Minderheitsabkommens mit Dänemark"*. In dieser Angelegenheit nahm Adler dann vorher am 19. September Fühlung mit Kreisen in Flensburg.

Adlers Bedeutung im Bemühen um die deutsche Grenze gegen Dänemark, um die Grenzlandpolitik überhaupt und auch um den Grenzfrieden, um den es schließlich ging, mag in anderen Zusammenhängen näher untersucht werden. Hier sei nur im Zusammenhang mit seiner Landratstätigkeit darauf verwiesen. Abgesehen von der Vertretung Preußens im Politischen Überwachungsausschuß für die Norddeutsche Rundfunk AG, mit der man ihn beauftragt hatte, erweist sich die Beratertätigkeit in Grenzlandfragen als eine letzte sichtbar gewordene politische Aufgabe. Nach seiner Pensionierung 1926 zog er wieder nach Kiel, wie es scheint, mit einem Zwischenaufenthalt in Flensburg. In Kiel wohnte er in der Theodor-Storm-Straße 3. Als Zuzugsdatum von Flensburg nach Kiel ist der 1. Oktober 1931 verzeichnet. Eine politische oder sonstige öffentliche Tätigkeit ist für die Zeit nach der Pensionierung nicht bekannt.

In Kiel verkehrte er im Café Möller, das in der Holtenauer Straße lag, unmittelbar hinter dem Warenhaus Jacobsen, dem heutigen Kaufhaus Horten. Ich sah ihn dort einige Male, wagte aber – ein seltsam schüchterner junger Journalist – nicht, diesen angesehenen und bedeutenden Menschen anzusprechen. Beziehungen zur Volks-Zeitung pflegte er jedenfalls nicht, vermutlich auch kaum zur Partei. Er war zu jenem Zeitpunkt offenbar schon „in die Geschichte eingegangen", d. h. mehr oder weniger vergessen. Mir fiel sein bei der Zeitungslektüre aufgeregtes Verhalten auf, er platzte gewissermaßen vor Entrüstung über irgendwas. Er fiel auch anderen jungen Leuten auf, nämlich einigen Nationalsozialisten, die sich mit ihm, dem Juden, anlegten. Darüber stand dann ein verunglimpfender Bericht in der Nazizeitung „Nordische Rundschau". Eduard

Adler wird – bei bleibendem Bekenntnis zu den gesellschaftspolitischen Zielen der SPD – am Lebensende gerade jenes vor Augen gestanden haben, was er im Krieg und nach dem Krieg für die Sache Deutschlands geleistet hatte. Den Nazis stand vor Augen, daß er Jude war.

Eduard Adler könnte schon aus diesen Eindrücken heraus den Entschluß gefaßt haben, wieder in seine Heimatstadt Berlin umzusiedeln. Er meldete sich am 1. Oktober 1932 nach Berlin-Britz ab. Als Adresse wird 44 Neukölln, Donaustraße 33, angegeben. Wahrscheinlich zog er mit dem Adoptivsohn und der Schwiegertochter um, denn auch für den Sohn ist der Berliner Aufenthalt zu belegen; gerüchtweise hieß es, daß der Sohn sich in der NS-Zeit in Schwierigkeiten befunden habe, als Adoptivsohn eines Juden.

Als vermutlich letztes überliefertes Lebenszeichen ist eine zufällige Begegnung Eduard Adlers mit August Rathmann in Berlin zu registrieren; auch August Rathmann wohnte damals in Berlin-Britz: Er erinnert, daß es zu mehr als allgemeinen Redensarten bei dieser Begegnung nicht gekommen sei. Das mag angesichts der engen Arbeitsbeziehungen 1920 in Schleswig verwunderlich erscheinen. Ich habe andere Auffassungen von Begegnungen dieser Art: Wir fühlten uns damals politisch so geschlagen, daß manche Beziehung im Frost der Hitler-Barbarei erstarrte, ohne daß man es wollte.

Über Leben und Verbleib Adlers in Berlin war trotz mehrerer Anfragen bei Ämtern und anderen Einrichtungen nichts zu erfahren. Die Vernichtung von Unterlagen während des Luftkrieges scheint dafür ursächlich zu sein. Die Jüdische Gemeinde in Berlin hat lediglich ermitteln können, daß Adlers Name und Daten in der Liste deportierter Juden nicht enthalten ist. So weiß man denn nichts über das Ableben dieses Menschen, der in der Zeit von vor 1900 bis nach 1926 die politischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein maßgeblich mitgestaltet hat.

Das Berliner Adreßbuch von 1936 weist als Adlers Wohnsitz Berlin NW 7, Mittelstraße 50 aus; Beruf: Landrat a. D.